Dienstag, 3. Januar 1933
Nr. 2 / 3. Jahrgang
BRESLAU

Preis 10 Pfg.
Reichsausgabe

SAZ Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Blutiger Jahresanfang
Arbeitersport vom Sonntag
4,3 Millionen Wohlfahrtserwerbslose
Aus aller Welt
Auswandernde Industrie
Berliner Konsumwahlen
Schlesische Wirtschaftslage
Querschnitt aus Vorpommern
Uled-Nails, die Freudenmädchen Algerien

SPD-Führer bejahen Militarismus und Krieg

Die Sozialdemokratie bereitet den „neuen Aufstieg zur Regierungsmacht" vor

Dokumente zum Konflikt Reichsbanner—SPD

Wir sind in der Lage, der Arbeiteröffentlichkeit einiges authentisches Material zu unterbreiten, das eindeutig beweist, daß der Kampf zwischen SPD und Reichsbanner in den Fragen Vortrupps, Wehrsport usw. nicht um die Bereinigung von grundsätzlichen Differenzen geht, sondern daß es sich darum handelt, welche Methode der Irreführung der sozialdemokratischen Arbeiter zur Zeit am geeignetsten erscheint. Dabei kommt es dann allerdings zu Zusammenstößen, deren Kenntnis wir der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten wollen.

Der Gauvorstand Berlin-Brandenburg des Reichsbanners versendet unter dem 10. 12. 1932 ein Sonderrundschreiben an die Reichsbanner-Funktionäre von Groß-Berlin, in dem zur Vortruppfrage und zum Wehrsport Stellung genommen wird. Hier einiges über die „geschlossene Front", die „eisern" ist.

Zur Vortruppfrage

„Werte Kameraden!

Die Form des Kampfes des Bezirksvorstandes der SPD Berlin gegen das Reichsbanner hat durch das Rundschreiben Nr. 29 des Bezirksvorstandes der SPD, unterzeichnet von Wendt, eine derartige Verschärfung erfahren, die den Gauvorstand zwingt, nunmehr allen Kameraden von Berlin Material an die Hand zu geben. Wir wehren uns mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch des Bezirksvorstandes der SPD Berlin, uns das Selbstbestimmungsrecht für unsere innerorganisatorischen Angelegenheiten zu rauben."

Die Verselbständigungs-Tendenzen des Reichsbanners hatten schon Ende 1930 und Anfang 1931 unter Führung von Neidhardt und dem Prinzen zu Löwenstein zur Gründung des Vortrupps geführt — ohne daß der „revolutionäre" Künstler etwas dagegen einzuwenden hatte. Erst der Druck der SAJ und der Kinderfreunde, die sich in ihrer Existenz bedroht fühlten, zwangen auch die SPD, entgegen dem Burgfrieden, den sie mit dem Reichsbanner geschlossen hatte, zum Gegenschlag auszuholen, und sie beschloß die Auflösung des Vortrupps.

Wie reagierte das Reichsbanner darauf? Hier die entsprechende Stelle aus dem Rundschreiben:

Die Reichsführerkonferenz konnte sich jedoch nicht entschließen, dem Ersuchen des Parteivorstandes stattzugeben, und beschloß die endgültige Entscheidung über die Vortruppfrage der Bundesversammlung des Reichsbanners zu überlassen. Der Gauvorstand nahm in seiner Sitzung vom 23. 11. 1932 Stellung, hat aber auf besonderen Antrag hin gleichzeitig den Bundesvorstand ersucht, dem Gau Berlin-Brandenburg die Fortführung der Vortrupparbeit nach der bisher üblichen Form zu gestatten. Die Annahme dieses Beschlusses veranlaßte den Kam. Künstler zu der Bemerkung: „Das bedeutet den Kampf mit der Parteil" Wie kann ein angeblich verständigungsbereiter Bezirksvorstand viele Tausende sozialdemokratischer Reichsbannerleute in einen derartigen Gewissenskonflikt bringen? Ist man sich bewußt, welch unabsehbare Folgen sich aus den Konsequenzen dieses Beschlusses (gemeint ist der Bezirksparteitag der SPD) nicht nur für die SPD, sondern auch für die gesamte Eiserne Front ergeben?

Zur Wehrsportfrage!

Der Gauvorstand des Reichsbanners schreibt:

„Die Frage des Wehrsports und des Kuratoriums ist für das Reichsbanner durch die Aussprache auf der Bremer Konferenz, an der als Vertreter der SPD der Parteiführer Kam. Otto Wels, vom ADGB der Kam. Schlimme, für die Arbeitersportler der Kam. Wildung und für den Afa-Bund der Kam. Aufhäuser teilnahm, grundsätzlich geklärt. Das Ergebnis der Aussprache wurde dahingehend zusammengefaßt, daß:

das Reichsbanner Wehrsport treibt und zur Ausübung jede sich bietende Gelegenheit wahrnimmt." (Im Rundschreiben gesperrt gedruckt und unterstrichen!)

Was besagt in Verbindung mit diesem Beschluß der Bremer Konferenz der Beschluß des Parteiausschusses vom 16. 12. 1932? Doch wohl nichts anderes als dies: Liebes Reichsbanner, du hast dich zu früh vorgewagt, natürlich grundsätzlich sind wir deiner Meinung, das ist auch unser Ziel in „unserm Staat", aber die Proleten haben das leider noch nicht so ganz begriffen, laßt sie erst einmal den Arbeitsdienst verdauen, dann werden sie bald auch zu diesen Konsequenzen bereit sein, dann kann die Frage ohne allzu großen Konflikt bald wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wie sehr diese Tendenz zum Ausdruck kommt, das zeigt am deutlichsten der Hinweis des Reichsbanner-Rundschreibens auf einen Artikel Sollmanns vom 27. 11. 1932 in der „Rheinischen Zeitung", der als Agitationsmaterial empfohlen wird.

Mit der demagogischen Feststellung, die SPD sei die einzige Partei Deutschlands, die grundsätzlich den Krieg als Mittel der Politik verwirft, versucht Sollmann durch die ungeheuerlichste Fälschung der Meinung von Marx, Engels und Bebel seinen Standpunkt zu formulieren:

„Die Losung „Nie wieder Krieg" bleibt unser großes Friedensideal. Es ist aber bekannt, daß die alten Klassiker des Sozialismus wohl ohne Ausnahme an eine kapitalistische, pazifistische Welt nicht glaubten und nationale und Weltkriege in ihre politischen Berechnungen einstellten.

Ihr Wille zum Frieden hinderte sie nicht, sondern verpflichtete sie, die Staatswaffe zu bejahen, die einer friedlichen Außenpolitik, aber auch der Selbstbehauptung einer freien Nation nach innen und nach außen angemessen sein sollte.

Die Kriegsgegnerschaft der Sozialdemokratie hat sich bei manchen Sozialdemokraten zu einer Gegnerschaft gegen jeden Waffendienst und manchmal auch zu einer Diffamierung des Waffendienstes an sich entwickelt. Eine solche Auffassung ist mit politischem Machtwillen unvereinbar.

Eine Demokratie, die das Heer des Staates ihren Gegnern überläßt, eine Demokratie, die nicht unbedingt und fest auch zur Ultima ratio der Kanone und des Maschinengewehrs sich bekennt, ist verloren."

Zum Schluß wird die politische Zielsetzung für die zukünftige Arbeit der SPD in folgenden Sätzen zusammengefaßt:

Staatsgewalt ohne Heeresmacht ist einstweilen undenkbar. Man kann nicht eine wollen und die andere verneinen. Unser Machtwille muß sich auf beides erstrecken. Darin liegt eine wesentliche politisch-psychologische Vorbedingung für den neuen Aufstieg unserer Partei zur Regierungsmacht!

Sollmann ist einer der geistigen Führer der SPD, Sollmann war in den letzten Jahren derjenige, der durch seine Reden und Artikel (siehe Panzerkreuzer, Tolerierungspolitik, Hindenburgwahl) die Katze aus dem Sack ließ, der die zukünftige Politik der SPD anzeigte. Der Gau Berlin-Brandenburg des Reichsbanners stellt sich restlos hinter diese Auffassung. Herr Höltermann und damit die Gesamtleitung werden nicht fehlen wollen, und in einem wird man dem „Vorwärts" nicht Unrecht geben können: die Spitzen der Eisernen Front, SPD, ADGB und Arbeitersportler sind sicherlich grundsätzlich in dieser Auffassung einig. Die entscheidende Frage bleibt:

Was sagen die SPD-Arbeiter, die Arbeitersportler, die Reichsbannerarbeiter, die Gewerkschaftsmitglieder dazu? Wollen sie sich wieder zum Klassenverrat mißbrauchen lassen? Sollen wieder in der Zukunft vollendete Tatsachen geschaffen werden? Etwa in der „schönen" Formulierung der nationalen inneren und äußeren Selbstbehauptung?

Die Aufgabe unserer Genossen muß es sein, an Hand dieses Tatsachenmaterials dafür zu sorgen, daß diese Fragen in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft diskutiert werden und daß diese Arbeiter erkennen lernen, wie mit ihnen Schindluder getrieben wird. Wir müssen all unsere Kräfte anspannen, damit nicht Verärgerung und Mißmut eintritt, sondern am Ende dieser Diskussion eine Stärkung ihres Klassenbewußtseins und ihrer revolutionären Kampfbereitschaft steht!

Otto Braun sucht Verständigung mit Schleicher

Berlin, 1. Januar.

CNB. Die preußische Regierung Braun beabsichtigt, wie die Vossische Zeitung berichtet, jetzt noch einmal an den Staatsgerichtshof zu gehen. Den Anlaß dazu sollen die neuen Maßnahmen der kommissarischen preußischen Regierung auf beamtenrechtlichem Gebiet bilden, die durch die Reform der preußischen Schulverwaltung ohne vorherige Befragung der Hoheitsregierung Braun durchgeführt worden seien.

Ministerpräsident Braun will eine nochmalige Klage vor dem Staatsgerichtshof nicht ohne vorherige Unterrichtung des Reiches einleiten und hat zu diesem Zweck und um eventuell durch gütliches Uebereinkommen doch noch einen neuen Prozeß zu vermeiden unmittelbar nach Neujahr noch eine Unterredung mit dem Reichskanzler von Schleicher

Kriegsgefahren in der ganzen Welt

Das Jahr 1933 wird eingeleitet mit einem Grad der Wirtschaftskrise und des kapitalistischen Niederganges, wie er selbst von den größten Pessimisten noch beim letzten Jahreswechsel nicht für möglich gehalten wurde. Die Unlösbarkeit der kapitalistischen Krise im Innern der einzelnen Staaten treibt mit immer unheimlicherem Tempo dem neuen imperialistischen Kriege entgegen.

So bringt der Kampf zwischen England-Frankreich und Amerika um die Kriegsschuldenfrage eine Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und der Kriegsgefahr mit sich.

In Ostasien donnern schon lange die Kanonen. Japan hat sich einen Teil von China losgerissen. Jetzt, in diesen Tagen, wird berichtet, daß Japan seine ganze Armee vollkommen neu aufrüstet und umorganisiert, was nur zu dem Zweck geschieht, um für den modernen Krieg, den es im Schilde führt, gewappnet zu sein. Die neuesten Meldungen besagen, daß Japan drauf und dran ist, einen militärischen Vorstoß auf Peking zu machen, mit dem Ziel, in Nord-China die alte chinesische Monarchie unter der Herrschaft Japans zu errichten. Ein solches Beginnen muß nicht nur zum offiziellen Krieg mit China, sondern auch zu großen kriegerischen Auseinandersetzungen mit den anderen imperialistischen Räubern in Ostasien führen.

Vor wenigen Tagen ging die Meldung durch die Presse, daß die deutsche Regierung unter Führung von Schleicher gleich zu Beginn des neuen Jahres einen Vorstoß in der polnischen Korridor-Frage machen wolle. Ob die Meldung in allen Einzelheiten stimmt, ist nicht entscheidend. Tatsache ist aber, daß die Nationalisten und Militärs in Polen wie in Deutschland eine verstärkte Tätigkeit entfalten, und daß hier ganz ernste Konflikte unmittelbar drohen.

Die Atmosphäre ist also an allen Ecken der Welt mit Konfliktstoff so überladen, daß der kleinste Funke genügt, um den großen Weltbrand zu entfachen. Dafür liefern auch die im nachstehenden geschilderten Vorgänge in dem seit Kriegsschluß bestehenden Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien ein sehr lehrreiches Beispiel. Unser Mitarbeiter W. P. schreibt darüber:

Unweit von Split, der alten römischen Kaiserstadt, liegt verträumt und verschlafen eine kleine, merkwürdige Stadt — Trogir. Sie ist eine der interessantesten Städte der jugoslawischen Adriaküste. Diese Stadt, in der man vor lauter „Romantik" fast die Gegenwart mit ihren Kämpfen vergessen könnte, ist plötzlich zum Mittelpunkt eines neuen italienisch-jugoslawischen Konfliktes geworden. Drei steinerne Markuslöwen, Sinnbild und Wahrzeichen einstmaliger venezianischer Herrschaft, sind hier vor einigen Wochen in die Luft gesprengt worden. Drei von den vielen, mit denen Venedig in seiner Glanzzeit den Küsten der Adria und des östlichen Mittelmeeres seinen Stempel aufdrückte. Venedig aber ist heute eine italienische Stadt und der venezianische Löwe ein Symbol italienischer Vormachtstellung im Mittelmeer und an der Adria. Dies umsomehr, als die Ansprüche Italiens auf die Küste Dalmatiens einen der Bestandteile der imperialistischen Ziele Italiens bilden.

Durch den Londoner Vertrag von 1915 sicherte sich Italien als Preis für seinen Eintritt in den Weltkrieg große Stücke der östlichen Adriaküste. Bei Beendigung des Krieges aber wurden diese Gebiete größtenteils dem neugebildeten Südslawien zugesprochen, der italienische Imperialismus kam ins Hintertreffen. Zwar konnte er sich einige wichtige Punkte des Landes, so die ehemalige Hauptstadt Dalmatiens — Zara —, den wichtigsten Hafen — Fiume — und einige strategisch wichtige Inseln sichern. Das Ziel aber, die ganze Adriaküste, blieb unerfüllt. Und die einstmalige Herrschaft der Dogenrepublik in diesen Gebieten dient heute noch als Begründung des italienischen Anspruches auf das Land.

Der Kleinkrieg zwischen Italien und Jugoslawien hat seit Beendigung des Weltkrieges

noch nie aufgehört. Die italienische Presse spart nicht mit offenen und versteckten Angriffen auf den SHS-Staat. Jeder kleine Zwischenfall, jede belanglose Begebenheit wird bis zum Aeußersten aufgebauscht, wenn es darauf ankommt, Belgrad eins auszuwischen. So war auch die sinnlose Zerstörung der Löwen von Trogir eine günstige Gelegenheit, um wieder einmal besonders scharfe Töne anzuschlagen. Wie der Berichterstatter einer bürgerlichen Zeitung aus Rom meldete, nahm die Pressepolemik gegen Jugoslawien diesmal eine besonders beängstigende und bisher kaum dagewesene Schärfe an. Doch die gegenwärtige Verteilung des Kräftegleichgewichts in Europa läßt eine offene Austragung der italienisch-jugoslawischen Gegensätze noch nicht zu. Darum gilt, nachdem die Stimmung gegen die „roten Barbaren" jenseits der Adria genügend gehoben war, Mussolini selbst ein, um nun den „friedfertigen" Diktator zu spielen. Rom und Belgrad haben zu dem Konflikt von Trogir Stellung genommen, und allem Anschein nach kann man ihn als erledigt betrachten. Aber ist der Konflikt von Trogir auch beendet, der latente Kriegszustand an der „schönen blauen Adria" besteht weiter. Der Löwenmord von Trogir war nicht der erste, und wird nicht der letzte Zwischenfall sein. Was aber heute noch friedlich beigelegt wird, kann schon morgen zum Kriege führen, wenn die Chancen günstiger sind, wenn die Prozentrechnung für den Sieg sicherer ist. Diese Chancen zu verbessern, das Kräfteverhältnis, nicht nur auf dem Balkan, sondern überhaupt in Europa, zu seinen Gunsten zu ändern, ist Italien mit aller Entschiedenheit bestrebt. Gegenüber Frankreich sucht man Deutschland, wie z. B. in der Abrüstungsfrage, zu unterstützen, und auf dem Balkan ist Jugoslawien heute schon fast hilflos in das italienische Bündnissystem eingekeilt.

Jugoslawien aber, als dem schwächeren Teil, bleibt oftmals nichts weiter übrig, als die Faust in der Tasche zu ballen und alle Provokationen seitens Italiens mit mehr oder weniger scharfen papiernen Protesten zu beantworten. Doch auch die „Friedfertigkeit" des SHS-Staates beruht nicht auf irgend welchen „pazifistischen" Ueberzeugungen, sondern liegt einzig und allein begründet in der wirtschaftlichen und militärischen Schwäche des Landes. Im übrigen ist man auch hier bemüht, die nationalistische Stimmung zu heben; die Zerstörung der steinernen Löwen in Trogir durch irgendwelche jugoslawischen Nationalisten zeigt den Erfolg dieser Stimmungsmache.

Gerade die jugoslawisch-italienischen Gegensätze an der Adria zeigen mit aller Deutlichkeit, daß genau wie zwischen Deutschland und Polen eine für beide Teile „gerechte und friedliche Lösung" der imperialistischen Streitfragen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich ist. Denn die Gerechtigkeit ist abhängig von dem Profitinteresse der verschiedenen nationalen Kapitalismen. Das letzte und oftmals einzige Mittel, diese Fragen im Kapitalismus zu lösen, ist und bleibt der Krieg. Kein Völkerbund und keine Abrüstungskonferenz wird daran etwas ändern. Ja, gerade auf dem Balkan, an der Adria, hat der Völkerbund seine Unfähigkeit und Machtlosigkeit mit aller Deutlichkeit bewiesen.

Nehmen wir als Beispiel nur die Regelung der Fiume-Frage; Italien annektierte, der Völkerbund sanktionierte. Zum Kapitalismus gehört der Imperialismus, und zum Imperialismus der imperialistische Krieg, und erst der Sozialismus kann den Frieden bringen. Hier liegt auch die proletarische Lösung der imperialistischen Streitfragen an der Adria, wie in der ganzen Welt. Erst die Diktatur des Proletariats, erst die jugoslawische und italienische Räterepublik wird die heute bestehenden Gegensätze zwischen diesen beiden Ländern beseitigen. Darum ist vornehmste und wichtigste Aufgabe der Proletarier und der armen Bauern in beiden Ländern, schärfster Kampf gegen die kapitalistische Klassendiktatur des eigenen Landes, gegen die faschistische Diktatur in Italien auf der einen Seite, gegen die Militärdiktatur in Jugoslawien auf der anderen Seite. Der Kampf ist zwar sehr schwierig, da jede revolutionäre Bewegung in beiden Ländern illegal ist, umsomehr aber sollten die Arbeiter in den kapitalistischen Zentren Europas alles tun, um den zwar schwachen, aber tapfer kämpfenden revolutionären Kaders in Jugoslawien und Italien Entsatz zu bieten; Entsatz durch das Vorwärtstreiben der Revolution im übrigen Europa, besonders aber in Deutschland. Es ist nicht Aufgabe der Arbeiter und Bauern, weder in Deutschland noch in Frankreich, weder in Italien noch in Jugoslawien, die Front des italienischen oder des, wenn auch schwächeren und in der Defensive befindlichen jugoslawischen Imperialismus zu stärken. Ihre Aufgabe ist einzig und allein, die Front der proletarischen Revolution zu festigen und zu stärken.

Maschinengewehre gegen Kleinbauern

Wien, 2. Januar.

WTB. In Vorau in der Steiermark hatten vor einigen Tagen Bauern eine Zwangsversteigerung gewaltsam zu verhindern gesucht und die eingreifenden Beamten tätlich angegriffen. Neun Personen waren verhaftet worden. Da die Empörung der Bevölkerung seitdem immer größeren Umfang angenommen hatte, entsandte die Regierung eine aus 100 Mann bestehende Kompagnie des Grazer Alpenjäger-Regimentes sowie 100 Mann Gendarmerie in feldmarschmäßiger Ausrüstung mit Maschinengewehren nach Vorau.

Blutiger Jahresanfang

3 Tote und unzählige Verletzte — Schwere Bluttaten der SA

Die Neujahrsnacht hat in Berlin nicht **weniger als zwanzig schwere politische Bluttaten gebracht. Drei Tote und eine größere Anzahl Verwundeter** blieben auf der Strecke. Vielfach wurden auch Ueberfälle auf Parteilokale gemacht, wobei in der Regel scharf geschossen oder mit Messern und Totschlägern gearbeitet wurde.

Der schwerste Ueberfall fand in der Neujahrsnacht in Lichtenrade bei Berlin statt. Hierbei wurde

der Kommunist Erich Hermann durch einen Kopfstich getötet, der Reichsbannermann Erich Just durch mehrere Kopfstiche schwer verletzt.

Etwa 50 Nationalsozialisten wurden verhaftet.

Es handelt sich bei den Tätern um die Insassen des berüchtigten SA-Heims in Lichtenrade (Kaiser-Friedrich-Straße), dessen Leiter, der Nationalsozialist Rieve, sich bereits am Wahltage im November durch einen Ueberfall auf politische Gegner hervorgetan hat. Der Ueberfall auf den Kommunisten und den Reichsbannermann wurde

planmäßig vorbereitet.

Die beiden Betroffenen befanden sich auf dem Nachhausewege und wurden dort von den Nationalsozialisten überfallen. Es muß festgehalten werden, daß die Polizei, die sofort nach dem ersten Ueberfall auf Just durch Zeugen mobil gemacht wurde, zunächst nicht einschritt. Es bedurfte vielmehr erst des tödlichen Ueberfalls auf Hermann, um die Aktion gegen die Nationalsozialisten zu erzwingen. Im Laufe des Sonntags wurde das SA-Heim in Lichtenrade durch die Polizei besetzt.

Am Sonntag früh wurde die 37 Jahre alte Martha Künstler, Ackerstraße 89, vor dem Hause Ackerstraße 106 durch eine noch unbekannte Person überfallen und durch einen Herzschuß getötet.

Kurz nach 1 Uhr entspann sich in der Silvesternacht vor dem Hause Schwedenstraße 17 eine Schlägerei zwischen Angehörigen der NSDAP und der KPD. Ein Kommunist wurde leicht verletzt. Zwei Nationalsozialisten und ein Kommunist wurden verhaftet.

Um die gleiche Zeit wurde in Köpenick der SA-Mann Helmut Billert von zwei Männern zu Boden geschlagen und verletzt. Die Täter sind unerkannt entkommen. Fast zur selben Zeit wurde der SA-Mann Rosinski vor seiner Wohnung, Straßmannstraße 7, durch drei Personen am Kopf schwer verletzt. Etwas später wurde der 18jährige SA-Mann Otto Paul von einigen Personen überfallen und durch Messerstiche im Rücken und Gesicht schwer verletzt. Auch hier konnten die Täter unerkannt entkommen.

Gegen morgen schossen einige Nationalsozialisten auf das KPD-Lokal in der Weddingstraße 8. Auch in der Pankstraße überfielen Nationalsozialisten einige Kommunisten. Die Polizei verhaftete fünf Nationalsozialisten.

Der 16 Jahre alte Nationalsozialist Walter Magnitz wurde Sonntag früh von unbekannten Tätern in der Utrechter Straße durch Messerstiche in den Bauch lebensgefährlich verletzt. Nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus ist er gestorben. Im Anschluß an den Ueberfall durchsuchte die Polizei mehrere politische Lokale. In dem Nazilokal in der Utrechter Straße 24 wurden ein Revolver gefunden. In dem SA-Lokal in der Utrechter Straße 29 wurden zwei Nationalsozialisten wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verhaftet. Die Durchsuchung einiger kommunistischer Lokale war ergebnislos.

Zu einer Schlägerei zwischen SA-Leuten kam es in dem SA-Lokal in der Otavistraße. Der SA-Mann Hans Gundermann wurde durch seinen Kameraden Richard Stepansky durch einen Schuß mit der Scheintodpistole an den Augen verletzt. Der Täter wurde nach Feststellung seiner Personalien auf freien Fuß gesetzt.

Gegen morgen wurden auf ein Lokal in der Ebertystraße 19 fünf Schüsse abgegeben. Zwei Nationalsozialisten, ein Kommunist und zwei angeblich parteilose wurden festgenommen.

In den frühen Vormittagstunden des Sonntags kam es zwischen dem 26jährigen Schmied Nitschke und dem Werkzeugmacher Walter Krieger zu einer Schlägerei. Nitschke verletzte seinen Gegner durch zwei Revolverschüsse.

In Tegel im Bauhof wurde der 22 Jahre alte Walter Werder von dem Schleifer Eduard Mattern angeblich in Notwehr mit einem Tesching schwer verletzt. Der Gerüstbauer Heinrich Jahnke wurde Sonntag gegen Mittag bei einer Messerstecherei in Alt Biesdorf schwer verletzt. In der Silvesternacht erhielt die 13jährige Schülerin Hildegard Nölte, Stauken, durch den Arbeiter Richard Steffen, der mit seiner Schreckschußpistole hantierte, einen Brustschuß.

Kurz nach Mitternacht wurde der Bügler Karl Kusserow von mehreren Unbekannten ohne Grund vor seinem Hause niedergeschlagen. K. erlitt schwere Kopfverletzungen. Der Arbeiter Wilhelm Balde wurde in der Silvesternacht von unbekannten Tätern durch einen Scharfschuß an der linken Hand schwer verletzt. Zur gleichen Zeit wurde der Tischler Adolf Pienke durch fünf Täter überfallen und durch drei Messerstiche erheblich verletzt.

Hamburg, 1. Januar.

Im Stadtteil St. Georg kam es am Sonntag früh zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu einer Schlägerei, in deren Verlauf drei Kommunisten durch Messerstiche verletzt wurden. Sie mußten in ein Krankenhaus geschafft werden. Ein vierter Kommunist erlitt Kopf- und Armverletzungen.

Gießen, 1. Januar.

WTB. Im Laufe der Silvesternacht kam es hier zu mehreren Schlägereien, bei denen die Polizei eingreifen und verschiedentlich vom Gummiknüppel Gebrauch machen mußte.

In die Schaufenster der sozialdemokratischen Zeitung wurden drei und in Schaufenster von Ladengeschäften zwei Schüsse abgegeben.

Durch Revolverschüsse wurden insgesamt acht Personen verletzt, davon drei so erheblich, daß sie der Universitätsklinik zugeführt werden mußten.

Auslands-Rundschau

Madrid, 2. Januar.

Der Eisenbahnerstreik, den am 1. Januar die Anarchisten in Spanien entfesseln wollten, scheint gescheitert zu sein. Auf allen Eisenbahnlinien herrscht regelmäßiger Betrieb und nur wenige Arbeitseinstellungen sind zu verzeichnen. Nur in Saragossar ist es zu einigen Störungen gekommen. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Paris, 1. Januar.

Petit Journal will ermächtigt sein, gegenüber anderslautenden Nachrichten zu versichern, daß kein Geheimvertrag zwischen Frankreich und Japan bestehe und daß man sich auch mit der Ausarbeitung eines derartigen Paktes nicht beschäftige.

Sofia, 1. Januar.

Die neue Regierung ist wiederum von Luschanoff auf der Grundlage des Nationalen Blockes aus dem auch das bisherige Kabinett hervorgegangen war, gebildet worden. Der Justizminister Warbenoff, dessen Angelegenheit den Anstoß zur Kabinettsumbildung gegeben hatte, gehört dem neuen Kabinett nicht mehr an. Der bisherige Unterrichtsminister Murawieff übernimmt das Landwirtschaftsministerium, dessen bisheriger Inhaber Gitscheff Handelsminister wird. Das Justiz- und das Unterrichtsministerium sind für Vertreter der Liberalen Partei freigehalten worden.

London, 1. Januar.

Nach einem hier eingegangenen offiziellen Telegramm der Regierung in Mekka haben die Truppen Ibn Sauds die Aufstandsbewegung in Assir, deren Mittelpunkt die beiden wichtigsten Städte der Provinz, Djisan und Sabija, waren, vollständig niedergeworfen. Die Aufständischen haben sich ergeben und die Ruhe ist in der Provinz wiederhergestellt.

Aus aller Welt

Erdbeben in Südafrika

Johannisburg, 31. Dezember.

Ein sehr starkes Erdbeben erschütterte heute einen großen Teil der südafrikanischen Union. Das Beben dürfte wohl das schwerste sein, das bisher im Lande verspürt wurde. Der Hauptstoß dauerte rund 100 Sekunden. Das Epizentrum (Mittelpunkt eines Erdbebens) des Bebens dürfte etwa 500 km von Johannisburg entfernt sein. Bisher ist noch nicht bekannt geworden, ob das Beben Todesopfer gefordert hat.

... und in Westeuropa

Lissabon, 2. Januar.

Ein schwerer Orkan, verbunden mit heftigen Erdbeben, hat Portugal gestern morgen heimgesucht und große Schäden angerichtet. Besonders die Stadt Beja in der Provinz Alemtejo ist von dem Sturm schwer mitgenommen worden. Zur selben Zeit machte sich ein äußerst starker Erdstoß fühlbar, der fünf Sekunden andauerte und von zwei schwächeren Erschütterungen gefolgt wurde.

Französischer Segler mit Besatzung untergegangen

Paris, 1. Januar.

Die Bevölkerung von Lorien ist über das Ausbleiben verschiedener Fischerboote und Dampfer sehr beunruhigt. Man glaubt, daß der seit einigen Tagen an der Südwestkürte herrschende Sturm viele Opfer gefordert habe. Bisher steht fest, daß ein Segler mit sieben Mann Besatzung untergegangen ist.

Schon wieder einmal ...

Berlin, 31. Dezember.

Die gestern wegen versuchten Einbruchs in das Polizeipräsidium eingelieferten Brüder Saß sind heute nach einem langen Kreuzverhör wieder entlassen worden.

Schleicher für „wehrhaften Staatsdienst"

Am 1. Januar fanden beim Reichspräsidenten die üblichen Neujahrsempfänge statt, bei denen die diplomatischen Vertreter der fremden Mächte, die Reichsminister und andere Würdenträger in feierlichem Aufzuge unter militärischen Ehrenbezeugungen und ähnlichem Klimbim den Reichspräsidenten aufsuchten und ihm in allgemeinen Redensarten ihre Neujahrswünsche überbrachten. Es würde nicht lohnen, auf dieses ganze Theater einzugehen, hätte nicht der Reichskanzler v. Schleicher auch diese Gelegenheit benutzt, um in der Frage der deutschen Aufrüstung seine Forderungen, die die Forderungen der deutschen herrschenden Klasse sind, mit besonderer Betonung zu erheben. In einer Ansprache an den Reichspräsidenten erklärte er wörtlich:

„In der Abrüstungsfrage ist der Grundsatz der Gleichberechtigung von den Großmächten grundsätzlich anerkannt und der Abrüstungskonferenz die Aufgabe gestellt worden, diesen Grundsatz zu verwirklichen. Wir kämen auf die Konferenz zurück, um eine wahre allgemeine Abrüstung durchzusetzen und uns die gleiche Sicherheit zu verschaffen, die jedes andere Land genießt. **Wenn es hierbei gelingt, der deutschen Jugend im Rahmen der Miliz das Recht zu wehrhaftem Staatsdienst wiederzugeben, so wird zugleich ein großer Schritt zum Ausgleich der inneren Gegensätze und zur Herstellung des Friedens in unserem Vaterlande getan sein."**

Herr v. Schleicher hat mit diesen Worten erfreulich deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er auch weiterhin konsequent für die Verwirklichung seines Programms der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht arbeiten wird. Wir haben daran ohnehin nicht gezweifelt, aber die neuerliche Bestätigung durch seine Neujahrsrede wird hoffentlich dazu beitragen den Widerstand der Arbeiterklasse gegen diese innen- und außenpolitisch gleich gefährlichen Pläne zu verstärken.

Neujahrswünsche des Großkapitals

Der Reichsverband der Deutschen Industrie wie der Hansabund haben an ihre Mitglieder und an die Oeffentlichkeit bombastische Neujahrsaufrufe herausgegeben. Beide sehen den berühmten „Silberstreifen am Horizont", aber, so klagen beide, der Staat hilft den armen Unternehmern nicht genug, damit sie an der kommenden Weltkonjunktur mit dem nötigen Profit teilnehmen können. Deshalb verlangen sie

Wiederherstellung und Ausweitung des Papen-Programms.

Der Hansabund schreibt dazu:

„Ausweiten und Beschleunigen der individualistischen Grundlinie des Programms von Münster. Klarheit über die künftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft — alles dies muß jetzt erkämpft werden, um jene erste Stufe auf dem Weg zur Notüberwindung wieder erreichen zu können, auf der wir nach der Verkündung des Programms von Münster standen."

Der Reichsverband der Industrie:

„Wir haben die Grundlinie des Programms von Münster begrüßt, weil es aufgebaut war auf der Erkenntnis, daß die in unserem Wirtschaftsleben vorhandenen Kräfte neu gestärkt werden müßten und daß die wesentlichste dieser Kräfte die persönliche private Initiative sei."

Es ist Sache der Arbeiterklasse, dafür zu kämpfen, daß dem Privatkapital seine „Sorgen um die deutsche Wirtschaft" ganz und radikal abgenommen werden.

2700000 Wohlfahrts-Erwerbslose

Insgesamt 4,3 Millionen Wohlfahrtsunterstützte

Berlin, 31. Dezember. (Eigene Meldung.)

CNB. Die Zahl der von den Gemeinden unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen ist nach den Ermittlungen der Arbeitsämter und Wohlfahrtsämter im November weiter stark gestiegen. Nach der amtlichen Zählung sind insgesamt 2310000 sogenannte „anerkannte" Wohlfahrtserwerbslose ermittelt worden, d. s. gegenüber dem Oktober rund 110000 mehr. Die Erhöhung erklärt sich zum allergrößten Teil aus Neuzugängen bei der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Zum Teil sind auch Lücken der Oktober-Zählung durch nachträgliche Anerkennung und bereits unterstützte Wohlfahrtserwerbslose ausgefüllt worden. Nach den Ermittlungen des Städtetages treten zu der Zahl von 2310000 „anerkannten" Wohlfahrtserwerbslosen weitere rund 400000 arbeitsfähige Erwerbslose hinzu, die gleichfalls von den Gemeinden unterstützt werden, die aber

bei der amtlichen Zählung nicht berücksichtigt

sind, weil nach den amtlichen Zählungsvorschriften Personen über 60 Jahre und die große Zahl von früher selbständigen Handel- und Gewerbetreibenden ausgeschlossen werden. Bei diesen Personen handelt es sich jedoch, wie nochmals ausdrücklich zu betonen ist, um durchaus arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen und nicht etwa, wie gelegentlich behauptet ist, um städtische Armenpfleglinge, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte, Krüppel usw., die in ihrer Gesamtheit nochmals mit einer Zahl von 1600000 den Gemeinden zur Last fallen.

Silvesternacht am Radio

Kleine Rundfunkbetrachtung

Ein Arbeiter schreibt: „Was bleibt einem Erwerbslosen anders übrig? Die paar Pfennige von der Wohlfahrt reichen nicht mal, daß man sich am Silvesterabend etwas „Besseres" leisten kann. Und wozu auch? Als klassenbewußter Arbeiter muß Schluß gemacht werden mit dem kleinbürgerlichen Rummel, der zur Jahreswende selbst noch in proletarischen Kreisen so verbreitet ist.

Laßt die Andern für teures Geld und gegen hohen Eintritt in den Tanzlokalen und in den Bars prassen und sich amüsieren.

Mir als Erwerbslosen bleibt nichts anderes übrig, als mich von einem Genossen, der in der glücklichen Lage ist, noch ein Radio zu besitzen, einladen zu lassen.

Und so sitzen wir denn am Lautsprecher und suchen Verbindung mit den verschiedenen Stationen aller Länder.

Die Programme deutscher Stationen sind ja nicht anzuhören. Schlimmere Verdummungsinstitute, als die deutschen Sender, gibt es ja nicht. Der Rundfunk ist ein Machtinstrument in den Händen der herrschenden Klasse, der Rundfunk spiegelt das ständige Anwachsen der Reaktion.

Und so sitzen wir denn da und hören Moskau, Leningrad und Kiew, freuen uns, an den Klängen der Warschawianka, des Rotgardistenmarsches und der vielen Kampflieder des Proletariats. Hören aus der Arktis, von Nowaja Semlja einen Bericht, von denen, die freiwillig für Jahre zu ernster Forscherarbeit sich in das Reich von Eis und Schnee verzogen haben.

Und wenn wir zwischendurch wieder einmal probeweise eine der che Station einschalten, so hören wir den „verehrten Herrn" Reichspräsidenten mit dem ach so bekannten „deutsche Männer und deutsche Frauen", seinen Neujahrsspruch beginnen. Erschreckt schaltet man ab.

Und man flüchtet sich wieder nach Sowjetrußland. „Das ist doch Quatsch mit dem ganzen vaterländischen Getue bei uns", meint der Genosse, der mich eingeladen hat. „Für uns gibt es nur ein Vaterland und das ist die Sowjetunion, das empfinde ich gerade an meinem Lautsprecher mehr und mehr'. Und wir reden darüber, daß der Proletarier kein Vaterland besitzt, reden vom sozialistischen Aufbau jenseits der Grenzen in dem ersten proletarischen Staate der Welt.

Und langsam geht das Jahr 1932 seinem Ende zu, die Mitternachtsstunde rückt näher und mit dem Schlage zwölf ertönt die Internationale. Keine Posaunenchöre, kein Orgelgestöhn, kein Kirchenglockengebimmel . . . mächtig erklingen die Akkorde des kampferprobten Liedes aller klassenbewußten Arbeiter der Welt.

Nachdem die letzten Klänge verhallt, machen wir uns den Scherz und schalten kurz hintereinander alle großen Stationen Europas ein. Berlin, Köln, München, Paris, Mailand, Warschau, Budapest, Oslo und viele andere, und von überall hört man Kirchenglocken und Harmoniumklänge, überall sind die Pfaffen am Werk, überall wird im Zeichen der Demut und Geduld predigenden Kirchen das Jahr begonnen. Ja ja, erst nationale Ermahnungen, dann Militärmärsche und Operetten und zum Schluß das „geistliche" Opium fürs Volk." M. M.

Generalversammlung der SAP Strehlen

Mittwoch, den 4. Januar, abends 8 Uhr, bei Fabiunke, Wasserstraße. Erscheinen ist Pflicht.

Das Verkehrsunglück am Museumplatz

Zeugen gesucht

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums Breslau teilt zu dem Verkehrsunglück am Museumplatz mit:

Die Ermittlungen über die Schuldfrage dauern immer noch an. Wie bereits gemeldet, war als zweites Fahrzeug ein Personenkraftwagen (dunkle Limousine) beteiligt, der aber nach dem Zusammenstoß die Unfallstelle verließ. Trotz Aufforderung hat sich der Führer bis heute noch nicht gemeldet. Der Führer und der Insasse dieses Wagens werden dringend ersucht, sich umgehend beim Polizeipräsidium Breslau, Abteilung 3, zu melden, da sie als Hauptzeugen zu dem Unfall vernommen werden müssen. Die Polizei bittet ferner alle Garagen- und Werkstättenbesitzer, aber auch sonstige Personen, die über diesen Wagen zweckdienliche Angaben machen können — insbesondere darüber, ob am Donnerstag oder Freitag der beschriebene Wagen, der an der linken Seite am vorderen Kotflügel beschädigt war, irgendwo aufgetaucht ist — um entsprechende Meldung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen Wagen aus der Provinz handelt, und auch in diesem Falle wird um zweckentsprechende Mitteilungen gebeten.

Die Leiche der verunglückten Frau Bittermann aus Pannwitz (Kr. Trebnitz) konnte bisher noch nicht zur Beerdigung freigegeben werden, weil die Gerichtsbehörde die Obduktion beantragt hat. Frau Bittermann, hinterläßt den Ehemann und sechs Kinder. Sie war am Donnerstag mit Marktwaren nach Breslau gekommen und wollte diese in der Markthalle verkaufen. Die schwer verletzte Ehefrau Melzel ist eine Verwandte der Getöteten und traf zufällig an dem Unfalltag mit ihr zusammen. Während der Unterhaltung wurden beide von dem Unglück betroffen.

Proletarisches Silvester

Wirkungsvolle Jahres-Schlußfeier der PKG in der Monistischen Gemeinde

Die Proletarische Kulturgemeinschaft veranstaltete am Silvesterabend ihre traditionelle Jahres-Schlußfeier. Im vollkommen überfüllten Saale der Monistischen Gemeinde entwickelte die Veranstaltungsgruppe der PKG ein sich über zweieinhalb Stunden erstreckendes Programm, voll Witz und Ironie, daß in einer durchgehenden revueartigen Form die Zuschauer immer wieder von neuem zu Beifallstürmen hinriß.

Selbstverständlich stand die Veranstaltung im Zeichen der politischen Ereignisse des vergangenen Jahres. Die Reaktion von Brüning, Papen über Schleicher bis zu Hitler ist dabei nicht zu kurz weggekommen. Auch den sozialdemokratischen Tolerierungs- und „Oppositions"-Politikern wurde der Raum zugewiesen, der ihnen gebührt.

Die Form war gut gewählt. Ausgehend von einer Zeitungsredaktion wurden alle Erscheinungen unserer Gesellschaftsordnung in Scheinwerferlicht genommen.

Gelungen war vor allem die Presseszene, der hier am Schluß vorgetragene und uns schon von den „Roten Raketen", Berlin, bekannte vorzüglich Pressesong, der ausklingt in der Aufforderung die SAZ zu lesen, hinterließ auch in dieser Veranstaltung eine große Wirkung.

Unmöglich, alle Einzelheiten der umfassenden Darbietungen hier entsprechend zu würdigen. Es sei schließlich noch betont, daß die Darsteller selbst ihr Bestes gaben. Die Aufführungen waren darum äußerst lebhaft und sprühend voller beißender Satyre, von Langatmigkeit keine Spur. Besonders gefielen die öfters eingeflochtenen Songs und Schnaderhüpferl, die es ermöglichten, daß das Publikum vom bloßen Zuschauen zum Mitspielen überging. Ueberhaupt, und daraus kann die Truppe für die Zukunft lernen, überall, wo sie auf stärkste Mitwirkung der Zuhörer bedacht war, erzielte sie die größten Erfolge. Auf jeden Fall berechtigt das nach vielen Mühen und Arbeiten gelungene diesmalige Auftreten der Veranstaltungsgruppe der PKG zu den besten Hoffnungen für unsere zukünftige proletarische Festgestaltung.

Während so die Spieltruppe die letzten Stunden des Jahres 32 ausfüllte, oblag dem Genossen Eckstein die Aufgabe, in seiner Ansprache Rückschau, wie auch vor allem Ausblick zu halten. Das Jahr 1932 stand zwar im Zeichen, so führte Gen. Eckstein aus, des größten Mannes, den die bürgerliche Epoche hervorgebracht hat, im Zeichen Goethes, aber das war nur äußerlich. In keinem Jahre zuvor trat der Zusammenbruch der Wirtschaft und damit auch der Kultur so stark in Erscheinung, wie gerade im vergangenen. Das Jahr 33 wird ein Jahr noch erbitterter Kämpfe sein. Worauf es ankommt, ist, daß einer niedergehenden Welle des Faschismus eine ansteigende Welle der proletarischen Revolution folgt. Nach diesen, mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen erklang der trotzige Kampfgesang der Internationale ins neue Jahr hinein.

Alles in allem war die Veranstaltung eine würdige Art, den Jahresschluß auf proletarische Weise zu begehen. Während das Spießervolk in den Lokalen der inneren Stadt im Alkohol ersoff, versammelten sich die klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen um aus der Vergangenheit eines kampfreichen Jahres Kraft und Mut für die Zukunft zu schöpfen.

Die schlesische Wirtschaftslage

Im Licht der Industrie- und Handelskammern — „Silberstreifen", Allgemeine Pleite und Zersetzung — Schlimmstes Massenelend — „Volkswacht"-Optimismus

Die niederschlesischen Industrie- und Handelskammern geben einen umfangreichen Jahresbericht heraus. Darin wird einleitend festgestellt, daß zum erstenmal, seit mehreren Jahren wieder „ein Silberstreifen" am Horizont zu sehen ist, daß der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise überwunden sei und daß es „wieder aufwärts" geht. Leider wird dieser Optimismus mit keinem Wort begründet.

Ganz im Gegensatz zu dieser Schönfärberei wird dann festgestellt, daß ein

erbitterter Kampf aller gegen alle

tobt. Die Landwirtschaft, d. h. die Herren Großgrundbesitzer, kämpft gegen die Ausfuhrindustrie. Diese wiederum lehnt grundsätzlich alle Autarkiebestrebungen ab, weil sie ihren Profit bedrohen. Der Einzelhandel führt einen schweren Kampf gegen die Waren- und Kaufhäuser, der zu einer Sprengung des Einzelhändlerverbandes führte. Am allerrückständigsten benimmt sich, wie immer, das „ehrbare" Handwerk, das die kapitalistische Entwicklung gewaltsam zurückschrauben will und durch Rückkehr zum mittelalterlichen Zunftzwang den Ausweg aus der Krise sucht

Der Bericht schildert dann den Niedergang der schlesischen Industrie, die Zahl der Arbeitsuchenden lag um 9% über dem Reichsdurchschnitt, trotzdem in Schlesien nur Hungerlöhne gezahlt werden Das Gesamtsteueraufkommen, besonders an Besitzsteuern, lag 42% unter dem Reichsdurchschnitt. Wie müssen sich da „unsere" Großgrundbesitzer und „unsere" Wirtschaftsführer vor den Steuern gedrückt haben.

Nach dem Bericht leben in Breslau 139 000 Personen mit Angehörigen von der öffentlichen Wohlfahrt. In Wirklichkeit sind diese Angaben viel zu niedrig, da die vielen Ausgesteuerten nicht gerechnet werden. Diese große Not ist jedoch nicht nur in Breslau vorhanden, sondern in ganz Schlesien. Tatsache ist, daß der Höchstverdienst eines Bergmanns im Waldenburger Hungerland bei der schweren lebensgefährlichen Arbeit im Durchschnitt 14 Mark die Woche (!) beträgt. In der Textilindustrie in Langenbielau und Reichenbach usw. sind die Verhältnisse noch schlimmer, als sie Gerhart Hauptmann in den „Webern" schildert.

Wochenlöhne von 10 Mark

sind dort keine Seltenheit. Noch immer ist dort Pferdefleisch eine Delikatesse. Zur Margarine langt es nicht, die Kinder bekommen dort nur Quarkschnitten. In Freiburg sind von 5000 Arbeitern 4900 arbeitslos. Der Bericht schildert dann die Not der Landwirtschaft. Die Wahrheit ist, daß bei den Großgrundbesitzern keinerlei Not vorhanden ist, Not gibt es nur bei den kleineren und mittleren Bauern. Dafür bekamen aber nur die Großgrundbesitzer von der Osthilfe.

Schuld an diesen trostlosen Zuständen ist nach dem Bericht der Handelskammern die Zerstückelung Oberschlesiens, die Abtrennung Kattowitz von Schlesien und weiter die fehlenden Handelsverträge mit dem Auslande, besonders mit Polen.

Sehr interessant zu diesem Bericht ist die Stellungnahme der „Volkswacht", die kommentarlos das bürgerliche Geschwätz wiederholt, daß „nach Ueberwindung des Winters, im nächsten Jahre eine allgemeine Besserung eintreten wird (an die außer Herrn Albert Kranold oder Herrn Dürftig kein Mensch in Breslau glaubt), falls keine Störung durch äußere, wirtschaftsfremde, Einflüsse politischer oder sonstiger Art erfolgt". Diese Worte bedeuten die offene Anbiederung der „bewährten alten" Führer an die Schleicherregierung, sie bedeuten, daß die Redaktion der „Volkswacht" fest entschlossen ist, für die Tolerierung dieser reaktionären Regierung offen einzutreten. Das beweisen auch die giftigen, verlogenen Angriffe gegen die Sowjetunion, mit denen die Redaktion der „Volkswacht' nur beweist, daß sie noch mehr vom Rotkoller befallen ist, wie die Konkurrenz von der hiesigen Nazizeitung.

Die klassenbewußte, organisierte Arbeiterschaft hat mit dieser Anbieder- und Tolerierungspolitik der „Volkswacht" gar nichts zu tun. Für die Arbeiterschaft ist weder der Handelsvertrag mit Polen, noch der Freiwillige Arbeitsdienst der Ausweg aus der Krise, sondern nur die Ersetzung des kapitalistischen Chaos durch die sozialistische Bedarfswirtschaft. E.

Achtung Gemeinde- Staats- und Verkehrsarbeiter Breslaus,

die in der SAP organisiert sind, treffen sich Donnerstag, 17.30 Uhr, in der Gaststätte „Stadt Leipzig", Ursulinerstraße

Mitgliedsbuch muß unbedingt mitgebracht werden.

Rückgang der Förderung und des Absatzes der niederschlesischen Steinkohle

Waldenburg, 31. Dezember.

In der Woche vom 19. bis 25. Dezember betrug die Rohförderung im niederschlesischen Steinkohlenrevier 89 071 (in der Vorwoche 94 770) Tonnen, die Kokserzeugung 15 425 (15 599) Tonnen. Der Gesamtabsatz (ohne Selbstverbrauch und Deputat) belief sich auf 68 957 (82 091) Tonnen. Die Kohlenbestände betrugen am Ende der Woche 164 634 (116 068) Tonnen, die Koksbestände 164 747 (163 110) Tonnen.

Rückgang trotz Dezemberwetter!

Wenn Reichswehrsoldaten sich belästigt fühlen

Daß durch Trunkenheit in der Silvesternacht viel Klamauk und Unfug verübt wird, ist durch Jahre bekannt. Die Polizei hat auch dieses Jahr, wie der Bericht der hiesigen Polizeipressestelle triumphierend betont, alle nötigen Vorkehrungen getroffen, verstärkte Streifen und extra eingerichtete Polizeilokale.

Das Facit, „16 Personen wurden in das Polizeigefängnis eingeliefert, und zwar

7 wegen Landfriedensbruch und Teilnahme an politischen Schlägereien,

2 Personen wegen gefährlicher Körperverletzung, die übrigen wegen Trunkenheit oder Einbruchs"

Ein Reichswehrsoldat hat, weil er sich angeblich durch „Rote Frontfuhe" belästigt fühlte, einen Arbeiter und zwar den Schneidergesellen C., mit dem Seitengewehr verletzt.

Das Geständnis der Mittäterin

Der aufgeklärte Chauffeurmord bei Grünberg

Die unter dem Verdacht der Mittäterschaft festgenommene Begleiterin des Mörders des Chauffeurs Paul Sarnowski aus Neusalz, die 20jährige Erna Trachmann, hat, wie aus Berlin gemeldet wird, in ihrem Geständnis u. a. ausgesagt:

Erna Trachmann lernte in Grünberg den 30jährigen Pieper kennen, der in Berliner Verbrecherkreisen den Spitznamen „Hunde-Eugen" führt. Der Mann verliebte sich in das Mädchen und wollte es heiraten. Der Vater war aber nicht einverstanden. Pieper behauptete jedoch, dem Mädchen gegenüber, daß der Vater seine Einwilligung gegeben habe, so daß sie jetzt nach Berlin übersiedeln könne. Erna Trachmann glaubte daran und verließ ihre Arbeitsstätte. Sie fuhren beide am 9. Oktober mit der Bahn von Grünberg nach Neusalz. Am Bahnhof nahm Pieper den Chauffeur Sarnowski zu einer Fahrt an. Pieper hatte beim Verlassen Grünbergs gerade noch soviel Geld bei sich, daß er die Fahrkarten für das Mädchen und sich bis Neusalz bezahlen konnte. Es fehlten ihm nun weitere Barmittel. Der Wagen des Chauffeurs befand sich auf der Chaussee schon in voller Fahrt, als der Verbrecher plötzlich die Scheibe im Wagen zurückschob, einen Revolver zog und hinterrücks Sarnowski in den Kopf schoß. Der Fahrer verlor dadurch die Gewalt über den Wagen und raste mit ihm gegen einen Baum. Jetzt sprang Pieper heraus und gab nochmals einen Schuß auf den Chauffeur ab. Dann raubte er ihm ca. 25 Mark, die er in der Geldtasche des Chauffeurs fand. Nach dem Verbrechen gingen Pieper und die Trachmann zu Fuß nach Neu-Görlitz und fuhren mit der Bahn nach Berlin. Dort betrieb der Mörder tagsüber eine Hundezucht, nachts ging er mit mehreren Spießgesellen auf Einbrüche aus, bei denen Erna Trachmann Aufpasserdienste tat.

Raubüberfall und schwere Körperverletzung

Am 30. November nach Schluß der Polizeistunde suchte ein Krankenpfleger, der vom Westen hier zugereist war, ein Lokal in der Krullstraße auf. Dort mögen andere Gäste bemerkt haben, daß er Geld bei sich führte. Nachdem der Krankenpfleger das Lokal verlassen hatte, schlugen zwei Gäste, die sich vorher im Lokal befunden hatten, auf ihn ein, brachten ihm mehrere Verletzungen bei und entrissen ihm einen Betrag von etwa 30 Mark aus der Hosentasche.

Kindesmord

Görlitz, 31. Dezember.

Die am 28. Dezember 1932 in der Wittig in Wilka bei Seidenberg aufgefundene Kindesleiche ist jetzt seziert worden. Die Leichenöffnung hat ergeben, daß das Kind nach der Geburt gelebt hat. Nach der Kindesmutter wird weiter gefahndet.

In der Oder ertrunken

Brieg, 31. Dezember.

In Rattwitz sprach am Abend des 28. Dezember ein unbekannter Mann vor und bat um Nachtquartier. Da keine Uebernachtungsmöglichkeit bestand, wurden dem Fremden 20 Pfg. ausgehändigt mit der Anweisung, sich über die Oder setzen zu lassen. Der Fremde scheint aber versucht zu haben, die dünne Eisdecke der Oder zu überschreiten und dabei eingebrochen und ertrunken zu sein. Seine Leiche wurde in der Nähe der Rattwitzer Schleuse geborgen. Die Personalien des Verunglückten konnten noch nicht festgestellt werden. Der Fremde stand im Alter von 30—35 Jahren und war etwa 1,64 m groß.

Eine Mühle niedergebrannt

Habelschwerdt, 31. Dezember.

In dem dicht an der Grenze in der Tschechoslowakei gelegenen Hohenelitz brannte die Exnersche Mühle, vermutlich infolge von Kurzschluß, nieder. Als erste Wehr erschien die Freiwillige Feuerwehr von Marienthal (Kr. Habelschwerdt) an der Brandstelle; sie mußte sich aber, ebenso wie die bald darauf eintreffenden Wehren aus der näheren Umgebung auf den Schutz der Nachbargebäude beschränken.

Aus Sachsen

„Thälmann-Aufgebot"

-- wird ungenügend durchgeführt"

In einem offiziellen Artikel berichtet die Bezirksleitung Sachsen der KPD unter obiger Ueberschrift, daß die Beschlüsse des 3. sächsischen Bezirksparteitages der KPD in Sachsen des „Thälmann-Aufgebotes" in Tat und Wahrheit nicht das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt worden sind.

Der 3. Bezirksparteitag der KPD hatte u. a. den Beschluß gefaßt, in den Monaten Dezember und Januar eine Mitgliederwerbung unter dem Motto „Thälmann-Aufgebot" durchzuführen. In den 26 sächsischen Unterbezirksorganisationen, die in der Regel einen besoldeten Sekretär zu unterhalten haben, sollten in den genannten Monaten insgesamt 2612 männliche und 1260 weibliche Mitglieder neugeworben und Betriebszellen der Partei, der Jugend und der RGO im entsprechenden Verhältnis neu geschaffen werden. Das Ergebnis dieser Werbeaktion ist mehr als kläglich und ein Beweis für die Schwäche der KPD auf organisatorischem Gebiet. So sind in der ersten Halbzeit der Werbarbeit alles in allem 131 männliche und 13 weibliche Mitglieder in ganz Sachsen neu zur KPD gestoßen. Neue Betriebszellen konnten im ersten Werbemonat überhaupt nicht auf die Beine gestellt werden.

Gerade für die wichtigsten Unterbezirke ist das Werbeergebnis bisher besonders mager ausgefallen. So hat Dresden bei einem Soll von 240 erst 15, Leipzig bei 1000 erst 19, Chemitz bei 500 erst 13, Zwickau bei 100 erst 8 und Plauen bei einem Soll von 253 erst 3 neue Mitglieder werben können.

Niemals stand der KPD die Gunst der Stunde so als Helferin zur Seite, als es gegenwärtig im Zeitalter des Zusammenbruchs aller kapitalistischen Werte der Fall ist. Massenmäßigen Zustrom müßte die KPD auch ohne das lächerliche Gehabe dieses „Thälmann-Aufgebotes„ haben, würde sie frei von ultralinkem Politikantentum leninistische Einheitspolitik betreiben. Wie schlimm es um den außerparlamentarischen Einfluß der KPD in den Massenorganisationen bestellt ist, zeigt der Ausgang der Metallarbeiter-Vertreterwahlen bei den Erwerbslosen DMV-Mitgliedern in Leipzig. Obwohl die KPD gerade bei dieser Wahl alle organisatorischen Möglichkeiten erschöpfte, haben nicht einmal 20 Prozent der erwerbslosen DMV-Kollegen, die von der KPD gemachten Vorschläge gewählt.

Das Versagen der KPD auf allen Gebieten, verpflichtet uns erst recht, die Sozialistische Arbeiterpartei allen Widerständen zum Trotz nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen und dadurch zu befähigen, die Einheitsfront der ganzen Klasse zu schaffen, zum Sturze des fluchbeladenen kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Eibenstock

Es ist ein alter christlicher Grundsatz, glühende Kohlen auf das Haupt seiner Feinde zu sammeln. Mitunter stößt dergleichen natürlich auf Schwierigkeiten, weshalb man in solchen Fällen nach anderen Möglichkeiten suchen muß. Fräulein Frieda Voigt in Eibenstock, Karlsbader Straße 9, christliche Helferin und erfüllt von dem Bedürfnis, wohlzutun und mitzuteilen, fand diesen Ausweg darin, daß sie an Stelle der glühenden Kohlen graue Asche verwendete und sie statt auf das Haupt ihrer Feinde täglich unter den Fußabstreifer eines gegenüber wohnenden SAP-Genossen streute. Dies tat sie lange Zeit, heimlich und im Verborgenen. Auch andere Haushaltsgegenstände des bösen Marxisten (Badewanne usw.) wurden reichlich mit Asche heimgesucht.

Geistesgestörtheit äußert sich oft in merkwürdiger Form, aber daß man als Christin sein Schenkungsbedürfnis damit befriedigt, daß man seinen Nächsten mit Asche bombardiert, bleibt immerhin bemerkenswert. Natürlich trägt dergleichen nicht zur Wahrung des weihnachtlichen Burgfriedens bei, denn auch ein gutmütig veranlagter Hausbewohner kann wochenlange Aschenspenden nicht ohne Mißbilligung betrachten. Eines Tages schnappte jedenfalls der Genosse den weiblichen Vesuv regelrecht auf frischer Tat, teilte ihr mit, daß die dauernden Aschenausbrüche seine Zustimmung nicht finden könnten und darauf haute er der schenkwütigen Christin den ascheverzierten Fußabstreifer nachdrücklich um die Ohren.

Seitdem ist Ruhe. Fräulein Voigt (ihr ist in der Kirche der Kindergottesdienst anvertraut!) verbringt ihre Tage in dumpfem Brüten nach anderen Möglichkeiten, ihre Abneigung gegen alle Marxisten auf ungefährlichere Weise zum Ausdruck zu bringen. In ihrem Kämmerlein häuft sich die unverwendbare Asche zu unübersteigbaren Hügeln. Friede ihrer Asche und den Menschen ein Wohlgefallen.

Mylau i. V.

Demagogisches Liebesgeflüster der Eisernen Front an die Siegesgöttin: „Ich beuge schuldbeladen mein Haupt vor dir und winke mit dem Zaunpfahl - - o, winde mir einen Lorbeerkranz — wir haben mit unseren Mannen gelitten und gestritten — wir haben bis zum letzten Blutstropfen die Mylauer Turnhalle gegen einen geplanten Ueberfall der Jünger des Dritten Reiches verteidigt!"

Wer? Wann? Wie? Wo? Ganz Mylau sucht des Rätsels Lösung. „Eiserne Front? — Ha-ha! . . . . . Die Plauener Volkstante weiß in allem Bescheid. In einem Artikel vom 17. Dezember 1932, über eine Gerichtsverhandlung zwichen Nazi-Klitsch und Purfürst-Netzschkau (SPD) war also zu lesen: „Kl. kam in große Verlegenheit, weil er nun die Frage beantworten sollte (in Fettdruck) ob in der Nacht zur und nach der Wahl (Reichstag, Juli 1932) die SA in Mylau zusammengehalten wurde zu dem Zweck, die Turnhalle zu stürmen, in der sich Mitglieder der Eisernen Front aufhielten . . . . ." — — Der Wahrheit die Ehre: Die klassenbewußte Arbeiterschaft von Mylau und weit darüber hinaus weiß, wer in der besagten Wahlnacht die umstrittene Turnhalle der Freien Turnerschaft gegen die anmarschierenden SA-Leute verteidigte und schützte — von der Eisernen Front war jedoch nichts zu merken, da sie restlos durch Abwesenheit glänzte. Und jetzt verlangt man den Lorbeerkranz für seine bezeugte Tatkraft! Und solch faustdicken Schwindel wagt die Volkszeitung ihren Lesern vorzusetzen! In phrasenhafter Ueberheblichkeit hat man den Schwindel von der Anwesenheit der Eisernen Front in der betreffenden Wahlnacht auf dem Gerichte breitgemacht. So macht man, ohne den Finger krumm gemacht zu haben, am besten auf Kosten anderer Propaganda für die Eiserne Front! Die klassenbewußte Arbeiterschaft hat darüber ihr eigenes Urteil!

*

Der am 1. Feiertag von der Kinderabteilung des Tv. Freie Turnerschaft abgehaltene Kinder-Werbeabend erfreute sich eines überaus zahlreichen Besuches. Was die Abwicklung des sorgsam zusammengestellten Programms anbetrifft, so kann wohl ohne Ueberhebung gesagt werden, daß die Weihnachtsveranstaltung der Kinder mit eine der schönsten der letzten Zeit gewesen ist. Unter dem Motto: Wir zeigen, was wir gelernt, wurden Ausschnitte aus dem Turnbetrieb, Gedichte, Prologe und Singspiele geboten. Mit Stolz kann der Verein auf den neugegründeten Kinder-Spielmannszug blicken, welcher in guter Zusammensetzung zwei Märsche zum besten gab. Das Produktive zum Nachdenken für die Besucher lag in dem großen Sprech- und Bewegungschor: Jugendgelöbnis, welches Werk so gegen 130—140 Kinder auf der Bühne vereinte. Als dann die roten Fahnen über der Jugend geschwenkt und spontan die Internationale gesungen wurde, hatte der Abend durch dieses Werk seinen Höhe- und Glanzpunkt erreicht. Mit dem verdienten Beifall wurde dann auch nicht gegeizt. Die Mitwirkenden wurden mit einem schönen Geschenk bedacht. Die ganze Veranstaltung selbst zeigte, daß das Kinderturnen im Verein eine gute vorbildliche Pflegestätte gefunden hat. Mögen aus den Turnerkindern dereinst gute Mitstreiter werden!

Planitz

Kehraus der Stadtväter. Vergangenen Donnerstag tagte das alte Kollegium zu seiner letzten Sitzung. Nach Kenntnisnahme einer Einladung der Freiwilligen Feuerwehr, die das Kollegium zum Besuch ihres Konzertes aufforderte, kampelten sich die Stadtväter eine volle Stunde lang um den Antrag des Internat. Bundes, der die sofortige Beschaffung von Brot, Kartoffeln und Kohlen für die Hilfsbedürftigen unserer Stadt verlangt, um dann doch diesem bescheidenen Antrag, dessen Durchführung nur zu zweifelhaft ist, einstimmig zuzustimmen. Da die Abwesenheit von Trommer bei dem dann auch zutage getretenen Ausbruch Leonhardts aus der bürgerlichen Fraktion die notwendige Zweidrittel-Mehrheit in Gefahr gebracht hätte, holte die SPD ihren fehlenden Vertreter Eberhardt telephonisch herbei, damit ja ihr Arbeiterverrat zur Durchführung kam. Der Bürgermeister wurde dann gegen die Stimmen der SAP und KPD mit 18 Stimmen bis 1942 wiedergewählt.

Im Anschluß hieran behandelte man noch den Fluchtlinienplan der Mozart- und Nordstraße, um sich dann nach einer kurzen Schlußbetrachtung des Vorstehers nach Hause schicken zu lassen.

Den 500 Tribünenbesuchern war diese Sitzung ein neuer Beweis für die Katastrophe, in der sich der Gemeindeparlamentarismus als Abklatsch der großen Parlamente befindet. Während der Beratung über die Hilfeleistung für die Bedürftigen versuchten SPD und KPD in gegenseitigen gehässigen und provozierenden Reden ihre Parteisuppen zu kochen, wobei sie es nicht unterlassen konnten, sich auch an uns zu reiben, weil ihnen unser Flugblatt, das in einer Auflage von 50 000 den geplanten Unterstützungs- und Lohnraub der Amtshauptmannschaft alarmierte, erneut unsere ihnen doch so unwillkommene Aktivität in der Wahrung der Arbeiterinteressen bewies. Gegenüber den demagogischen Ausführungen von Nazi-Drechsel, der die Arbeiterbewegung für die heutigen Mißstände verantwortlich machte, und der verlangte, doch den großen Adolf sein Können beweisen zu lassen, blieb es unserem Genossen Häuser vorbehalten, in klarer und sachlicher Weise aufzuzeigen, wie den Armen zu helfen ist und vor allen Dingen SPD und KPD an ihre proletarische Pflicht zur Herstellung einer gemeinsamen Kampffront zu erinnern. Die Haltung der SPD bei der Bürgermeisterwahl schlug aber dieser Forderung geradezu in das Gesicht. Wurde der Bürgermeister 1924 auf Vorschlag der KPD, die ihm dann bei der Wahl im Stiche ließ, von den Bürgerlichen gegen die Stimmen der SPD, für die Müller kandidierte, durch Losentscheid gewählt, so ist 1930 bei Stimmenthaltung der SPD, von der 2 Vertreter, darunter unser Genosse Häuser, dagegen stimmten, des Bürgermeisters Amtszeit bis 1936 verlängert worden. Heute, 4 Jahre vor Ablauf seiner Wahlperiode, wählt man ihn, mit Hinweis auf die Finanzlage der Stadt die nicht einen amtierenden und einen pensionierten Bürgermeister bezahlen könne, bis 1942 wieder, d. h. praktisch bis an sein Lebensende. Kann man angeblich heute nicht die gesetzlich zustehende Pension bezahlen, wenn er wirklich nicht woanders Unterschlupf suchen würde, so kann man es auch dann nicht, wenn in der Zwischenzeit Handlungen vorkommen, die das ihm in so vollem Maße geschenkte Vertrauen mißachten. Wir wissen auf alle Fälle, daß ein Grundsatz der SPD mit 4000 RM. Jahresrente bewertet werden muß. Der sinnlosen Taktik der KPD, die ganzen Jahre her, ist dieser gelungene Streich der Reformisten zu danken. An die SPD-Arbeiter richten wir folgende Fragen: Erinnert Ihr Euch noch der Krokodilstränen des Bürgermeisters, die er 1930 vor aller Oeffentlichkeit heulte, als seine Wiederwahl nicht ganz gesichert war? Erinnert Ihr Euch noch der schweren SPD-Fraktionskämpfe, wo manche ihre Funktionen niederlegen wollten, als er durch gute Freunde das Feld abtasten ließ, um seine Aufnahme in Eure Partei zu bewirken? Erinnert Ihr Euch noch der Gummiknüppelsuppe von diesem Sommer, die er den um ihre Existenz kämpfenden Erwerbslosen bereitete? — Und diesem Menschen schenken Euere Gemeindevertreter, ohne daß sie dazu vorher Euere Meinung gehört haben, ihr vollstes Vertrauen auf Jahre hinaus! Unter diese schamlose Handlung müßt Ihr einen Schlußstrich machen, wenn Ihr Euch dafür nicht mitschuldig machen wollt. Fordert endlich in Euerer Partei einen klaren proletarischen Kurs. Ihr werdet bald die Unmöglichkeit seiner Erringung einsehen müssen. Dann ist Euer Kampfplatz, den Ihr nie und nimmer aufzugeben gewillt seid, an der Seite der revolutionären Arbeiter, in den Reihen unserer sozialistischen Arbeiterpartei. Wir werden dann gemeinsam den Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse führen.

Querschnitt aus Vorpommern

(Sonderbericht der SAZ)

Stralsund, Ende Dezember.

Die von der SPD getriebene falsche Politik, hat auch die sonst an sich etwas schwerfälligen vorpommerschen Arbeiter innerhalb der SPD in Bewegung gebracht. Vor einem Jahre war es noch äußerst schwer, überhaupt mit den sozialdemokratischen Genossen in eine grundsätzliche Diskussion zu kommen. Infolge ihrer „vollen Ueberzeugung" von der Richtigkeit der SPD-Politik, lehnten sie einfach damit ab, daß sie uns als „Spalter" beschimpften. Und wenn wir nicht so sachlich und ernst an unserer Aufklärungsarbeit festgehalten hätten, wäre es sehr oft zu „handgreiflichen" Auseinandersetzungen gekommen. Heute erkennen gerade diese Genossen, daß wir „Spalter" doch weiter gesehen haben, als ihre „groben Führer" (!!) Wels und Rudi Breitscheid. Aber auch die organisatorischen Konsequenzen können sie noch nicht ziehen, weil die SAP ja noch zu klein ist. Diese Auffassungen endgültig zu beseitigen, muß unsere nächste Aufgabe sein, auch wenn diese Arbeit wieder viel Mühe und Geduld erfordert.

Die von dem Landtagsabgeordneten Kirchmann-Stralsund aufgezeigten Möglichkeiten über „Neue Wege der Parteipolitik", haben eine lebhafte Diskussion innerhalb der vorpommerschen SPD hervorgerufen. Die Abhängigen vom Parteiapparat stehen bereits auf und versuchen die von Kirchmann geforderte grundsätzliche Kursänderung zu verhindern. Nun ist hierzu noch zu bemerken, daß K. nicht nur der vorpommersche Vertreter im Landtag ist, sondern als hauptamtlicher ADGB-Arbeitersekretär, gleichzeitig Unterbezirksvorsitzender der SPD ist. Es wird sich nun zeigen, ob K. wirklich konsequent seinen Weg gehen wird, oder ob er noch vor dem Pommerschen Parteitag kapituliert. Es wird sich auch zeigen müssen, ob die Stralsunder Gruppe hinter ihm bleibt. Nach den jüngsten Ereignissen zu urteilen, gewinnt der „Flügel der alten Politik" ständig an Boden, und es ist fraglich, ob es überhaupt in Vorpommern zu einer Kursänderung kommt. Die Ortsgruppe Treptow (Tell.) hat nach einem Referat des Landarbeiterverbands-Angestellten Keilholz, welcher zum alleräußersten rechten Flügel gehört, die Forderungen der Stralsunder Gruppe abgelehnt. Hier will man nur durch „Demokratie zum Sozialismus" (!!). Eine Diktatur in Deutschland würde auch für die Arbeiterschaft, wenn sie nach kommunistischen Regeln geführt würde, ein Chaos bedeuten. Auch erhofft man noch einen Vorteil von einer Koalition mit dem Bürgertum, wenn die SPD die Führung hat. Einen Einigungsversuch mit den Kommunisten lehnte dieser Streber als völlig aussichtslos ab, da, wenn die KPD gezwungen würde, deutsche Arbeiterpolitik zu treiben, für eine KPD in Deutschland kein Platz sei. Dann könne nur die Politik getrieben werden, wie sie die SPD treibe. Damit wäre aber die KPD überflüssig. Auch läge als Trennungsstrich die 3. Internationale dazwischen, an der die KPD nicht nur finanziell, sondern auch geistig gebunden wäre. Gegen die KPD gebe es nur rücksichtslosen Kampf. Diese Ausführungen zeigen uns erneut ganz klar und eindeutig, wie notwendig die SAP ist.

Die heutige SPD ist völlig unfähig, die Arbeiterklasse aktionsfähig zu machen, solange es noch möglich ist, daß führende Funktionäre derartige Gedankengänge vertreten.

Keilholz hat aus der ganzen politischen Situation bisher nichts gelernt.

Diese Elemente in der Arbeiterbewegung (SPD und Gewerkschaften) sind die Schrittmacher für Schleicherkabinett der Gewerkschaften.

Diese Einstellung zeigt uns aber auch ganz deutlich, daß jede Oppositionsarbeit, auch die sie sei, von der Stralsunder Gruppe betrieben wird, von vornherein unmöglich gemacht wird. Eine wirkliche und positive Hilfe kann der Arbeiterklasse nur werden, wenn die Partei der Einheit, die SAP, gestärkt wird. Eine starke SAP wird bald in der Lage sein, die auseinanderstrebenden, heute noch größeren Arbeiterparteien, zu zwingen, mit uns den Abwehrblock aller Arbeiterorganisationen herzustellen. Daher wäre es für Kirchmann als „Linken", wenn er wirklich eine grundsätzliche Aenderung und auch eine ehrliche Einigung mit den Kommunisten will, notwendig, sich in die kämpfende revolutionäre Partei einzureihen. Nur dann läge sein Wirken im Interesse der Arbeiterklasse.

Daß aber die KPD genau so wenig an Einigung denkt, zeigte die letzte Versammlung des Baugewerksbundes in Stralsund. Hier hatten unsere Genossen wieder Gelegenheit, die verderbliche reformistische, wie auch die RGO-Politik aufzuzeigen und eine wirkliche revolutionäre Gewerkschaftspolitik als Angelpunkt zur Einigung der Arbeiterklasse zu fordern. Unsere unermüdliche, grundsätzliche Gewerkschaftsarbeit kann auf die Dauer nicht ohne Folgen bleiben. Der Aktionsradius der Partei wird dadurch verstärkt.

Auch die RGO mußte wieder eine schwere Niederlage einstecken. Bei den Wahlen zur Kreisverwaltungsstelle in Torgelow, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, ging die bisherige reine kommunistische Ortsverwaltung verloren. Der bisherige erste Bevollmächtigte, Kollege Willi Arndt, wurde mit 377 Stimmen gegen den Vertreter der RGO, der nur 137 Stimmen erhielt, gewählt. Leider konnten auch die drei reformistischen Verwaltungsmitglieder die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die RGO stellt auch drei Vertreter, aber durch das SPD-Betriebsrätemitglied haben die Reformisten ein Verhältnis 4:3 gegenüber der Opposition. Wie sich in Zukunft der Bevollmächtigte stellt, ist noch ungewiß. So wie überall, geht durch die falsche Gewerschaftspolitik der KPD bzw. RGO, der Einfluß der Opposition verloren. Es wird nicht mehr lange dauern, dann sind auch die letzten Gewerkschaftspositionen der KPD verloren gegangen. Daher muß durch unsere Genossen in den Gewerkschaften dahin gearbeitet werden, daß nicht noch mehr Unheil angerichtet wird und nur völlig neuer grundsätzlicher Oppositionsarbeit die Wege geebnet werden.

Wieder verläßt eine Machtposition unsern Unterbezirk. Der Schulrat Völker in Grimmen, welcher der SPD angehört, soll nach Calau, ins Schlesierland, versetzt werden. Hoffentlich geht er in seinem neuen Wirkungskreis nicht denselben Weg wie der Landrat Köhne in Bunzlau, der ja auch aus Pommern (Kr. Ueckermünde) nach Schlesien gekommen ist. Aber Köhnes Nachfolger in Ueckermünde, Dr. Dr. Breitfeld, hat ja auch schon die SPD verlassen. Aber Völker hat sich hier im Sinne der „religiösen Sozialisten" betätigt. Auf sein Betreiben hin hat sich die SPD offiziell an den Kirchenwahlen in Grimmen beteiligt. Und nun ist es schon mit dem Geistlichen zum Konflikt gekommen und der Organisator wird versetzt. Die revolutionäre Arbeiterschaft weint diesem „Sozialisten" keine Träne nach, denn das Wirken dieser Streber lag immer im Interesse ihrer Person und des Bürgertums. Die Arbeiterschaft hatte immer den Nachteil. Die vorpommersche SAP muß mit Beginn des neuen Jahres eine planmäßige Werbearbeit durch die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung" in die kleinen Städte und Orte tragen, um die Arbeiterschaft in diesen Gebieten vom Wollen und Wirken der einzig revolutionären sozialistisch-marxistischen Arbeiterpartei, der SAP, zu überzeugen.

Genossen, haltet euch bereit zur Werbe- und Presseurbeit für die SAP in Vorpommern. --ung.

Berlin! **Voranzeige!**

Am Sonntag, den 22. Januar, vormittags 11 Uhr im „Babylon", am Bülowplatz: Liebknecht-Luxemburg-Lenin-Feier. Aus dem Programm: Erich Weinert, rezitiert, Musik, Ansprache: Paul Prölich.

Karten zum Preise von 50 Pfennig für Erwerbstätige und 30 Pfennig für Erwerbslose, zu beziehen durch die Ortsgruppen und das Sekretariat, Magazinstraße 12a.

Kinder sollen frieren

damit der Bäderverkehr nicht behindert wird

Wuppertal, 30. Dezember.

(Eigener Bericht der SAZ.) Die Elternbeiräte der Volksschulen in Wuppertal hatten vor einigen Tagen einen Antrag auf Verlängerung der Weihnachtsferien um 14 Tage gestellt, da die Stadtverwaltung gegenwärtig keine Mittel zur Verfügung hat, um das notwendige Heizmaterial zu besorgen. Die Verlängerung der Weihnachtsferien sollte durch eine entsprechende Verkürzung der Herbstferien wieder ausgeglichen werden.

Jetzt ist die Antwort des Oberpräsidenten eingegangen, der den Antrag der Eltern ablehnt. In der Begründung heißt es: Die jetzt gewünschte Teilung der Herbstferien kann nicht stattfinden, da dadurch die Herbstferien mit den Sommerferien von Mittel- und Ostdeutschland zusammenfallen würden. Ein solches Zusammenfallen ist aber mit Rücksicht auf die Bäder, Luftkurorte und Sommerfrischen nicht möglich, weil sich dann der Sommerreiseverkehr auf wenige Monate zusammenballen würde.

Kinder sollen also in den ungeheizten Schulräumen sitzen, um im Sommer keine Störungen des Reiseverkehrs der Bourgeoisie herbeizuführen! Wahrlich, die Bourgeoisie hat alle Ursache, um wegen ihrer Sommerfrische besorgt zu sein! Die Elternbeiräte werden zu der eigentümlichen Ablehnung in den nächsten Tagen erneut Stellung nehmen.

Uled-Nails — die Freudenmädchen Algeriens

Von Béla Balázs*)

Ich für mein Teil, ich habe meine gute Ausrede. Da unten in Südalgier waren nur die Mädchen aus den Freudenhäusern geneigt, mitzufilmen. Also mußten wir sie kennenlernen.

In Südalgier heißen sie Uled-Nails. Das heißt Tänzerinnen aus Uled, welches ein Dorf in jener Gegend ist. Sicherlich gibt es auch Mädchen in den Frauengassen, die anderswoher stammen, aber sie werden es nicht zugeben. Denn Uled ist die anerkannteste Marke. Dieses Dorf hat sich neben der Schafzucht auf die Züchtung von Tänzerinnen spezialisiert.

Um den richtigen Bauchtanz zu lernen, genügt nämlich nicht, schon mit fünf Jahren zu beginnen. Eine seit vielen Generationen entwickelte Veranlagung gehört dazu. Dazu und zu allem anderen, wozu diese Mädchen erzogen werden. Denn mit zwölf Jahren werden sie in die Freudenhäuser der Umgegend geliefert, wo sie den Namen Tänzerin mehr als Ehrentitel tragen. Sie arbeiten einige Jahre, bis sie ihre Mitgift beisammen haben. Dann kehren sie nach Uled zurück und heiraten. Sie bekommen den Schleier wie andere ehrbare Frauen und kein fremdes Männerauge darf sie sehen. Was bis dahin gewesen ist, gilt nicht. Uled ist ein wohlhabendes, also auch angesehenes Dorf. Alle betreiben dasselbe Gewerbe. Tänzerinnen und Zuhälter.

Uled-Nails sind schön. Sie sind nußbraun und haben dunkelblau untermalte, riesige schwarze Augen. Dieses Blau um die Augen sowie das Hennarot auf die Nägel bekommen übrigens alle kleinen, schmutzigen, halbnackten arabischen Mädchen, bevor sie noch gehen und sprechen können. Dort ist eben Sitte und darum nicht Unsitte. Dicke, schwarze Zöpfe unter silbernen Ohrgehängen, wie Teetassen so groß. Und sie haben einen herrlichen, wiegenden Gang. Sie gehen nur so vor sich hin, wie unabsichtlich und etwas zerstreut.

Nur mit dieser Schutzmarke echt

Original-Uled-Nails sind an ihrer Stirntätowierung zu erkennen. Nur mit dieser Schutzmarke echt. Sie benehmen sich im Bewußtsein ihres besonderen Wertes mit einer unnachahmlichen Würde. Die Uled-Nail der Oasen ist von Kopf bis Fuß schwer angezogen . . bis zum letzten Augenblick. Sie flirtet auch nicht. Sie lächelt und quatscht den Passanten auch nicht an. Hier wird ernster Handel getrieben und man tut nicht so, als wenn es kein Geschäft wäre. Auch keine nackten Arme oder Schultern. Das sind europäische Schamlosigkeiten in den großen Hafenstädten.

Es werden keine Illusionen gekauft. Die Freudenhäuser haben eine Art Empfangsraum. Ein trüber Stall. Da stehen die Mädchen still in einer Reihe und die Männer gehen vorbei in schweigender, ernster Betrachtung.

An der Schwelle der fensterlosen Zelle legt der Gast seine Schuhe ab und hockt nieder auf dem bunten Kabylenteppich. Die Uled-Nail reicht ihm Tee mit der zeremoniellen Gebärde der Hausherrin. Es ist arabischer Tee, mit Pfeffermünz gemischt, und in Likörgläsern serviert. Dann wird leise und ernst geplaudert.

In der Ecke kauert die alte Dienerin und fächelt die Holzkohlenglut. Sie war früher einmal die Herrin in diesem Zimmer gewesen und hatte sich nicht genug Geld erworben, um zu heiraten. Solche ausrangierte Freudenmädchen werden hier nicht auf die Straße geworfen. Sie bleiben sogar im selben Zimmer und richten das Lager der Jungen. Sie kochen in der Ecke, ohne aufzublicken, den Tee, ohne ein Wort zu sagen und wissen, wann sie zu verschwinden haben.

Der Tanz der Liebe

Diese Tänzerinnen tanzen selten. Nur Reisenden, die viel bezahlen, zeigen sie ihre Kunst ohne festlichen Anlaß. Denn es ist nicht ein alltägliches Vergnügen, sondern eine feierliche Zeremonie. Keine akrobatische Produktion der Bauchmuskeln, wie man sie in unseren Varietés mit anderen Turnkünsten in einer Reihe sieht. Der Bauchtanz dieser Uled-Nails ist eine deutliche Pantomime. Eine dramatische Darstellung des Liebesaktes, mit feierlichem Ernst vorgeführt. Die sonst Unverschleierten heben während dieses Tanzes den Schleier vors Gesicht und entpersönlichen sich dadurch gleichsam. Es ist nicht mehr eine bestimmte Frau, sondern bebendes, zuckendes Fleisch, ein dramatisches Geheimnis der Natur. Selbst aus dem dümmsten amerikanischen Touristengesicht schwindet beim Zuschauen das schmierige Lächeln.

Uled-Nails sind auch beim Bauchtanz von oben bis unten angekleidet. Sie sind zuweilen auch für Nacktfanz zu haben, doch nur vor Fremden. Alle Mohammedaner verlassen den Raum. Auch die anderen Mädchen. Trommler und Flotenspieler wenden sich um und spielen mit dem Gesicht zur Wand gekehrt.

Das Vergnügen der Touristen können und wollen sie nicht hindern. Man verdient ja damit. Aber dabei zu sein ist unwürdig für einen Araber. Vor Arabern würde sich eine Uled-Nail auch für kein Vermögen nackt ausziehen. Vor Europäern tut sie es mit einer stumpfen Gleichgültigkeit, als wenn es Holzklötze wären. Der Europäer ist eine gefährliche Gewalt, mit der man vorsichtig rechnen muß, kein Mensch. Die arabischen Männer sind auf einander sehr eifersüchtig. Uled-Nails haben oft ihre besonderen Liebhaber und denen sitzt der Dolch sehr locker im Gürtel.

Aber auf Europäer sind sie gar nicht eifersüchtig. Mit denen setzt man sich nicht einzeln auseinander. Es kommt noch eine Generalabrechnung.

Die Königin

Jedes Dorf, das etwas auf sich hält, hat seine Tanzkönigin. Jamina, die Primadonna von unserem Bou-Saada, ist die berühmteste Tänzerin des Landes. Alle Theater und Varietés von Algier haben sich schon um sie beworben. Aber die stolze Jamina rührt sich nicht aus Bou-Saada. Wenn Minister, fremde Potentaten oder sonstige Größen der Welt auf der Durchreise in Algier weilen, so wird sie immer wieder vom Hotel St. George angefleht, herüberzukommen. Hunderte Franken für einen Abend. Im Auto des Hotels bloß Achtstundenfahrt über das Aurasgebirge. Also in Afrika bloß in die nächste Nachbarschaft. Aber Jamina meint, Minister und andere Größen der Welt mögen nach Bou-Saada kommen, wenn sie sie sehen wollen. Und sie tun es auch, denn es steht dafür. Jamina tanzt nur in ihrem kleinen, dunklen, schmutzigen Häuschen. Jamina besitzt aber bereits mehrere solche Häuschen und überdies einen Koffer voll Goldmünzen und zweitausend Schafe.

Die kleine Jamina ist wie ein schwarzer Panther und tanzt auch so. Sie kann auf ihrem ganzen Körper die Haut bewegen und schüttelt damit während des Tanzes ihre Broschen und Spangen wie ein Pferd das Geschirr. Jamina tanzt nie nackt, auch vor Dollarmillionären nicht.

Ein zwanzigjähriger Nomade, ein Wüstenreiter, zwei Meter groß und herrlich schön, kommt in manchen Nächten heimlich zu ihr. Da hat das ganze Dorf Angst. Vor Morgengrauen verschwindet er in der Wüste.

Jamina ist herrlich. Spricht man aber mit alten Arabern darüber, so zucken sie geringschätzig mit den Schultern: „Eine Belliem ist sie im Vergleich zu Aysha, die vor ihr die große Tänzerin gewesen ist."

Die große Tänzerin des Dorfes zu sein, ist eine Würde, eine Art Posten, wie der des großen Marabuts. Von des Volkes Gunst auserkoren, herrscht sie allein, bis die neue, die jüngere kommt.

Aysha tanzt jetzt nicht mehr, denn sie ist alt, krank und arm geworden. Aber es gibt jemand im Dorf, der heute noch zu ihr hält. Das ist Madame Kherzero, die französische Majorin. Ihr Mann und ihre zwei Söhne sind im Krieg gefallen. Seitdem lebt die alte Frau in diesem arabischen Dorf allein.

Die sechzigjährige Französin hat keine Vorurteile. Sie spricht gern mit den Uled-Nails, kennt sie alle persönlich und kümmert sich um sie. „Die Jamina gefällt Ihnen?" fragt sie etwas verächtlich. „Die Tänzerinnen von heute sind ja alle trivial und verroht. Kommen Sie, ich führe Sie zu Aysha. Heute noch steckt sie Jamina in die Tasche.

Aysha tanzt . . .

„Ich bin es, Aysha. Steh auf, du sollst einem europäischen Schriftsteller vortanzen." Aus der muffigen Finsternis antwortet eine keuchende, schwache Stimme. Eine stinkende Karbidlampe flammt auf und aus einem unsagbar schmutzigen, brüchigen Bett kriecht, ganz angekleidet, Aysha hervor, die Königin der Tänzerinnen. Wie alt dieses hustende, lungen- und herzkranke, halb verhungerte Wrack von einem Menschen ist, kann man nicht mehr beurteilen. Ein Skelett, mit herrlich geschminkten, ungeheuren, fiebernden Augen, steht vor uns in dem kahlen Kellerraum. Sie lächelt uns an. So mit diesem leichten Kopfnicken lächeln die gefeiertsten Künstlerinnen der huldigenden Menge zu.

Da kein Musikant da ist, klatschen wir den Rhythmus mit den Händen. Aysha kann kaum stehen. Aber tanzen — ja tanzen kann sie! Alles nur schwach angedeutet, aber doch ganz da, von einer seltsamen, geheimnisvollen Grazie. Die sicheren Gebärden der Schönheit tragen den verfallenen Leib wie einen kaum mehr sichtbaren Schatten. Sie merkt, daß sie gefällt, und erröfet vor Glück wie ein Kind.

„Den Kabylentanz mußt du uns noch tanzen", sagte die Majorin.

„Wenn du mittanzest", erwidert hustend und keuchend Aysha. „Den kann man nicht allein tanzen."

Und die alte französische Aristokratin steht auf und tanzt mit der alten arabischen Hure den Kabylentanz, zu dem ich den Rhythmus klatsche. Die grünlich flackernde Karbidflamme läßt ihre flatternden Schatten an der abbröckelnden Lehmwand mittanzen. Zwei Gespenster aus vergangener Zeit des Glanzes. Zwei alte Frauen am Rande der Wüste . . .

Das erste Bild von der großen Mississippi-Überschwemmung

Eine Straße des Ortes Jackson während der großen Ueberschwemmungs-Katastrophe. Der Fußgängerverkehr ist gänzlich unterbrochen, Ruderboote, Lastwagen und Automobile versuchen in chaotischem Durcheinander einen Notverkehr aufrecht zu erhalten. Wiederum brachte der amerikanische Riesenstrom Mississippi seinem weiten Stromgebiet durch riesige Ueberschwemmungen schwere Schäden.

*) Der Filmautor und Dramaturg Béla Balázs — dem Proletariat bekannt durch seine Bearbeitungen deutscher Fassungen der bekannten russischen Filme — erzählt in der von uns wiedergegebenen Reportage von seinen Erlebnissen bei den Arabern Süd-Algeriens.

Die Schilderung ist um so interessanter, da sie sehr eindeutig die Ausbeutung der Eingeborenen vom Kolonialimperialismus — und wenn es sich auch nur um arabische Freudenmädchen handelt — aufzeigt

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

49)

Seine Unentschlossenheit bekämpfend, ein wenig wankend, drängte sich Karpucha, der Pferdewärter, durch den schmalen Gang. Er trug seinen schweren Körper schwerfällig, bewegte den Kopf, unter dem grauen Schnurrbart lugten große Zähne hervor. In seiner ganzen Gestalt war etwas Pferdeartiges. Er glotzte sogar mit den Augen wie ein Pferd und sah alles von der Seite wie ein Pferd an. Er trat zur Rampe, stampfte auf einem Fleck umher, schüttelte den Kopf, putzte die Nase, zuerst das eine, dann das andere Nasenloch ausprustend und setzte die Mütze zurecht.

Glascha, die in der ersten Reihe saß, sah ihn mit ihren hervorstehenden Augen an und lachte mit ihrer mächtigen Altstimme laut auf:

„Ach du! Du, du Scheusal . . . Du schießt doch mit den Nasenlöchern . . . Erwache: bist du denn im Kuhstall bei deinen Kühen?"

Karpucha reckte sich, richtete wieder die Mütze auf dem Kopf und sagte ihr verlegen aber sehr ernst:

„Für Kühe bin ich gar nicht qualifiziert, nur für Pferde. Die Kühe haben ganz andere Statuten."

Seine strenge Antwort rief ein dröhnendes Lachen im Saal hervor. An den zuckenden Schultern und an der Mütze war zu sehen, daß auch Karpucha lachte.

Die Tschuschkina lächelte spöttisch und schalt Karpucha mit freundlicher Strenge:

„Du bist hergekommen, nicht um uns Geschichten über das Vieh zu erzählen, sondern um menschliches Unglück zu untersuchen. Zum Lachen ist kein Grund. Leg los, was möchtest du fragen?"

Karpucha wandte sich zum Tisch und seine Aeuglein flimmerten hinter den zwinkernden schlauen Lidern.

„Ja, das ist so eine Sache . . . Das Schicksal des Menschen ist verworren. Er kommt sozusagen als Mensch zur Welt und schon ist er verwickelt in ein Netz wie in ein Geschirr; im Moment, wo er heraus will . . . verfängt er sich noch mehr in den Riemen . . kann sich sozusagen sein Leben lang nicht herauswinden . . . Nehmen wir unsere Pferde zum Beispiel . . .

„Was kommst du da mit den Pferden? Willst du reden, so kurbele an."

Auf diesen Zwischenruf blickte Karpucha mit der Empörung eines in seinen besten Gefühlen gekränkten Menschen auf die dichten Reihen.

„Ihr habt es sozusagen alle gern, anzukurbeln. Die Menschen kann man aber nicht ankurbeln, tut man's, dann bleibt vom Menschen nichts anderes übrig, als Knoten und Schlingen. So ist die Sache. Nehmen wir zum Beispiel unsere ‚Maika'. So etwas falsches sah ich noch niemals im Leben. Eine heimtückische Stute. Ich weiß, was ein Pferd ist, ich kenne seinen Charakter durch und durch. Aber mit ‚Maika' kann ich sozusagen nicht auskommen. Sie will auch nicht das Geringste zur Kenntnis nehmen."

Eine lustige Stimme rief aus den ersten Reihen:

„Was du nicht sagst? Nimmt sie wirklich nichts zur Kenntnis?"

„Nichts! . . . ‚Maika' — nichts, aber gar nichts! . . ."

Lautes Gelächter.

Die Tschuschkina streckte sich über den Tisch zu Karpucha hin und schlug mit der flachen Hand auf den Tisch. Erstaunt drehte er sich um, zeigte unter einem freundlichen Lächeln seine Pferdezähne und sogar seine Mütze auf dem Kopf wackelte freundlich.

Die Tschuschkina rief:

„Was du da zusammenschwätzt, Karpucha. Hundertmal hörte ich schon von deiner ‚Maika'. Du meinst, es gibt nichts schöneres als die ‚Maika' und deine Pferde."

„Was sprichst du da? . . . Spazier mal durch den ganzen Umkreis, ich laß mir die Hand abhacken, wenn du so eine Schönheit findest, wie die ‚Maika' . . . man könnte sie sozusagen in Amerika ausstellen . . . Das steht einmal fest."

Der Saal lächelte und plätscherte ungeduldig.

„Was wolltest du eigentlich da oben, Karpucha? Von der ‚Maika' erzählen oder die Wjetrowa kritisieren?"

„Was ist denn das? . . . Mach Schluß, Tschuschkina . . . Er macht aus der ‚Maika' eine Weibergeschichte . . ."

Karpucha zwinkerte schlau mit den Augen, sein Stimmchen wurde zärtlich, freundlich, einschmeichelnd.

„Ich möchte sozusagen in dieser Sache . . also diesbezüglich . . . die Frau ist im allgemeinen ein heimtückischer Gegenstand . ."

Glascha sprang plötzlich auf und reckte der Tschuschkina den Arm entgegen. Ihre Augen blitzten wie die einer Katze, und sie brüllte laut über den ganzen Saal.

„Tschuschkina, das ist doch unerhört . . . Wie läßt du es zu, daß er die Frauen mit den Pferden in einen Stall steckt . . . Dieser Frechheit soll man wirklich einen Zaum anlegen: Du Klotz du!"

Ein Wirbel von Frauenstimmen jagte durch den Saal. An verschiedenen Stellen sprangen junge Frauen und Mädchen von ihren Plätzen. Sogar aus den fernsten Winkeln sah man ihre Augen blitzen.

„Und doch steht die Sache so!" Karpucha schüttelte begeistert den Kopf: „warum melde ich mich denn zum Wort? . . . Wjetrow ist sozusagen . . . ein Mensch, der sein Leben hergibt . . ."

Tschuschkina erhob sich und klingelte mit dem Glöckchen. Ihre Brauen zuckten.

„Nun, mein Lieber, du verdirbst uns hier unsere ganze Messe . . . Wart mal, Freund. Ich unterbrach dich nicht . . . Jetzt aber sag ich dir: frag, frag doch, mein Lieber, wenn dir etwas nicht klar ist . . ." Karpucha sah sich wie ein gejagtes Wild um, in seinem Gesicht zuckte Unruhe.

„Ja, sozusagen . . . Gestattet mir mit Interesse dranzugehen . . . ich habe Wjetrows Herz nicht beunruhigt . . . sondern meinen Standpunkt beibehalten . . . Zweimal habe ich die Wjetrowa in der Nacht überrumpelt und jedesmal war was anderes. Schreist du sie an, so hockt sie sich nieder und erzählt: die Pferde, sagt sie, sind meinem Mann lieber als seine Frau, als sein eigenes Nest . . . sowieso, sagt sie, wird er mit der Sache hier nicht fertig werden . . . die Bauern werden euch anzünden, werden euch allen die Gurgeln durchschneiden, sagt sie, und dann beginnt sie, die Arme, den dreißigsten Psalm zu beten: ‚Herr, auf dich traue ich, laß mich nimmermehr zu Schanden werden!'"

Irgendeine alte Frau in der zweiten Reihe, mit einem Tuch, das unter dem Kinn zusammengesteckt war, auf dem Kopf, knarrte wütend und zänkisch:

„Was redest du da für einen Unsinn; in ihrem Fall muß man nicht den dreißigsten Psalm, sondern den hundertersten beten: „Herr, höre mein Gebet!'"

Der Saal explodierte plötzlich in einer alles vernichtenden Rebellion, man stampfte mit den Füßen, Arme schossen in die Höhe. Wir alle, oben am Tisch, schienen in die Luft zu fliegen. In diesem Wirrwarr von Kreischen und Brüllen fing ich nur einzelne wütende Schreie auf: „Jagt sie fort!" — „Die Pest!" — „Raus aus der Kommune!"

Zerknittert und erschüttert verkroch sich Karpucha in das dichte, tobende Menschengewühl.

Tschuschkina, strengen Kummer in den Augen, aufgeregt, klingelte mit dem Glöckchen und winkte mit der Hand.

Prochor zuckte vor Freude. Sein Gesicht hatte sich verjüngt und lachte übermütig.

(Fortsetzung folgt.)

Berliner Konsumwahlen

Nach jahrelanger unumschränkter Willkürherrschaft der Reformisten in der Konsum-Genossenschaft Groß-Berlin, finden am 15. Januar 1933 in der Zeit von 9—14 Uhr die Wahlen zur Generalversammlung der Konsum-Genossenschaft Groß-Berlin statt.

Die Wahlen zur Generalversammlung im Jahre 1929 ergaben eine rein sozialdemokratisch-reformistische Zusammensetzung, nachdem von der Verwaltung unter nichtigen formalen Vorwänden

sämtliche Oppositionslisten für ungültig erklärt

wurden. Die Verwaltung berief sich bei ihrem Vorgehen auf Bestimmungen, des Statuts, die in den Jahren zuvor nicht angewandt worden waren, weil infolge der Nachwirkungen der Inflation bei strenger Anwendung dieser Bestimmungen auch die Reformisten keine Listen hätten aufstellen können. Die plötzliche Anwendung dieser Bestimmungen im Jahre 1929 geschah völlig überfallmäßig ohne irgendwelche Bekanntgabe, so daß die Opposition ihre Listen auf Grund der in den Vorjahren geltenden Bestimmungen aufgestellt hatte. Es handelte sich also [illegible] unerhörten Raub der Mitgliederrechte, um einen Verstoß gegen die allerelementarsten Gesetze proletarischer Demokratie. Nachdem die Genossenschaftsreformisten sich mit Hilfe einer Vergewaltigung der Mitgliedschaft eine gefügige Generalversammlung geschaffen hatten, fügten sie diesem Gewaltakt sofort eine Reihe weiterer hinzu. Von einer Generalversammlung, die ein Hohn auf den Mitgliederwillen war, ließen sie

Statutenänderungen beschließen, die die Mitgliedschaft für alle Zeiten entrechten sollten.

Die einjährige Dauer der Generalversammlung wurde auf eine dreijährige Dauer heraufgesetzt, ein Wahlrecht wurde eingeführt, das verzweifelte Aehnlichkeit mit dem alten indirekten Dreiklassenwahlrecht hatte. Als die Opposition sich gegen diese Vergewaltigung zur Wehr setzte und gegen den offenen Rechtsbruch den Klageweg beschritt, da sah sich selbst das doch wahrlich Revolutionären nicht wohlgesinnte bürgerliche Klassengericht gezwungen,

die Wahlen von 1929 für ungültig zu erklären.

Die Konsum-Bürokratie ließ aber nicht locker. Sie nutzte alle Möglichkeiten zur Anfechtung des Urteils aus und verschleuderte die Mitgliedsgelder in aussichtslosen Prozessen gegen die Opposition. Sie hat noch zuletzt gegen das Urteil des Landgerichts vom Juli dieses Jahres Revision beim Reichsgericht eingelegt, die noch nicht entschieden ist.

Noch als die Verwaltung das Spiel mit den Mitgliedsrechten verloren geben mußte und sich **gezwungen sah, endlich die Generalversammlungswahlen auf Grund des alten** Wahlrechts auszuschreiben, hat sie einen neuen Gewaltstreich zu dem alten gefügt. Sie hat im Oktober und Dezember nochmals

die im Jahre 1928 (!!) gewählte Generalversammlung einberufen.

Sie hat sogar versucht, diese überalterte Generalversammlung, die unter ganz anderen politischen Verhältnissen gewählt war, zu benutzen, um die Mitglieder von neuem zu entrechten, die dreijährige Wahlperiode und die Heraufsetzung der Kündigungsfrist von drei Monaten auf zwei Jahre durchzusetzen. Dieser Plan scheiterte allerdings daran, daß die nötige Dreiviertelmehrheit nicht zustande kam.

Bei der bevorstehenden Generalversammlungswahl muß mit diesem System der Willkür abgerechnet und dafür gesorgt werden, daß die reformistische Mehrheit gebrochen wird. Diese reformistische Mehrheit, die sich mit den unerhörtesten Willkürmaßnahmen an der Macht hielt,

hat durch ihre Politik die Konsum-Genossenschaft an den Rand des Abgrundes gebracht.

Die Konsumbürokratie stellt den äußersten rechten Flügel innerhalb der reformistischen Bewegung dar. Sie hat ihre ganze Genossenschaftspolitik auf die Hilferding-Theorie vom organisierten Kapitalismus aufgebaut. Sie hat mit einem immer weiter fortschreitenden Aufschwung des Kapitalismus gerechnet und eine Ausdehnungspolitik betrieben, die nach dem Eintritt der Krise der Konsum-Genossenschaft Groß-Berlin die schwersten Lasten auferlegte. Der Erweiterungsbau des Warenhauses am Oranienplatz, der Millionen verschlungen hat, kann jetzt nicht einmal ausgenützt werden.

Gewiß ist die Wirtschaftskrise die entscheidende Ursache, für die Schwierigkeiten der Genossenschaften.

Aber die reformistische Politik hat diese Schwierigkeiten verschärft.

Sie hat die Genossenschaftler nur zu Käufern erzogen und jede Anteilnahme der Genossenschaften am Klassenkampf gehindert. Jetzt, wo in der Krise beim Absinken der Massenkaufkraft die Genossenschaften ihre Leistungen einschränken müssen (Herabsetzung der Rückvergütung usw.) kehren die so erzogenen Mitglieder der Genossenschaft den Rücken.

Die mit der Hoffnung auf den kapitalistischen Aufschwung betriebene Ausdehnungspolitik hat das Vertrauen zur Genossenschaft weiterhin erschüttert und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unerhört gesteigert.

Die **einseitige** sozialdemokratische Parteipolitik der Verwaltung hat in Berlin die breiten Arbeitermassen, die revolutionär gestimmt sind, abgestoßen und vom Eintritt in die KGB zurückgehalten. Die rücksichtslose Vertretung des Arbeitgeberstandpunktes gegenüber dem Personal (Lohnabbau für die Arbeiter und Angestellten, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen usw.), während die leitenden Angestellten nach wie vor recht ansehnliche Gehälter bezogen, hat namentlich unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten gegen die KGB viele Mißstimmung hervorgerufen.

So hat die Politik die Werbekraft der Konsumgenossenschaft außerordentlich geschwächt. Die Maßnahmen, die die Verwaltung zur „Sanierung" eingeleitet hat, sind nur dazu angetan, diese Werbekraft weiter zu schwächen. Wenn versucht wird, die Kündigungsfrist auf zwei Jahre auszudehnen, so ist eine solche Maßnahme nur geeignet, Mißtrauen auszulösen und die Mitgliederflucht zu beschleunigen. Wenn versucht wird, die Mitgliederrechte einzuschränken, wo zur Rettung der Genossenschaft alle Kräfte mobilisiert werden müssen, wenn man gegen die Opposition mit Gewaltmaßnahmen vorgeht, so bedeutet auch das eine Schwächung der Genossenschaft. Auch die Herabsetzung des Anteils auf 30 RM, die einen großen Teil der Mitglieder der Hälfte ihres eingezahlten Anteils berauben würde, ist nicht dazu angetan, die Genossenschaft zu stärken. Auch das System der Verwaltung, die Angestellten mit Warenanweisungen zu „entlohnen", und ihnen dadurch die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bereiten, und dieses Verfahren auch auf die Auszahlung der gekündigten Anteile auszudehnen, trägt dazu bei, Beunruhigung und Mißtrauen unter die Mitgliedschaft zu tragen und die Genossenschaft zu schwächen.

Wer die Genossenschaft stärken will, muß deshalb für die Listen der Genossenschafts-opposition stimmen, um die reformistische Mehrheit zu brechen.

Leider ist durch das Verhalten der KPD-Bürokratie die Bildung einer starken Front der Opposition außerordentlich erschwert worden. Die Bezirksleitung der KPD hat zentrale Verhandlungen mit der SAP und den anderen oppositionellen Gruppen abgelehnt und lediglich auf Verhandlungen in den einzelnen Verteilungsstellen verwiesen. Auch hier wurden die größten Schwierigkeiten gemacht und versucht, die nicht der KPD angehörenden Genossenschaftler von aussichtsreichen Stellen der Oppositionslisten fern zu halten. Glücklicherweise ist diese Absicht nicht überall gelungen, was zum Teil auf die Schwäche der KPD-Positionen in der Genossenschaft, zu einem Teil aber auch auf den Widerstand eines Teiles der KPD-Genossenschaftler selbst zurückzuführen ist. Diese Sabotageversuche der KPD-Bürokratie dürfen uns aber nicht hindern, für die Liste der Opposition einzutreten und alle Kraft einzusetzen, damit die reformistische Diktatur in der KPD gebrochen wird. Die Forderungen, die von unseren Genossen in der KGB erhoben werden müssen, ist eine grundsätzliche Umkehr der bisherigen Genossenschaftspolitik.

Die Genossenschaft muß ihre Hauptaufgabe darin sehen, ein Hilfsorgan des proletarischen Klassenkampfes zu werden und gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Arbeiterparteien und allen übrigen Arbeiterorganisationen den Kampf gegen die Wucherpolitik der Truste und Kartelle, vor allem gegen die Aushungerungspläne der Junker führen. Sie muß eine strenge Kontrolle der beamteten Funktionäre durch die Mitglieder durchführen, alle kapitalistischen Gepflogenheiten und die Selbstherrlichkeit in ihrem leitenden Apparat ausmerzen und vorbildliche Arbeitsbedingungen für das Personal schaffen.

Sie muß den Kampf für die Forderung von Staatskrediten, für die Lieferung billiger Lebensmittel aus dem Auslande, insbesondere aus Rußland, führen, und in engere Beziehung zu den russischen Genossenschaften treten.

Unrentable Unternehmungen müssen abgestoßen, das Warenhaus muß auf eine begrenzte Zahl von Massenartikeln umgestellt werden, wobei dort ein Versandgeschäft für standartisierte Artikel in Verbindung mit den Abgabestellen geschaffen werden muß.

Den Arbeitslosen muß durch Kredite in Höhe der Guthaben entgegengekommen werden, in Verbindung mit den Betriebsräten muß die Belieferung und Führung von Betriebs-Kantinen organisiert werden.

Nur, wenn die Genossenschaft unter revolutionärer Führung ein Organ des proletarischen Klassenkampfes ist, kann sie eine wichtige Vorschule für den Aufbau des Sozialismus nach dem Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft werden. Deshalb muß auch die Opposition eintreten für die Stärkung der Genossenschaft. Sie wird deshalb auch die Wahlen ausnützen müssen, um unter schärfster Kritik der reformistischen Politik der jetzigen Verwaltung für die Erhaltung und Stärkung der Genossenschaft zu wirken.

In diesem Sinne mobilisiert alle Kräfte zum 15. Januar für die Liste der Genossenschafts-Opposition!

Was will die SAP?

Von dieser wichtigen Werbebroschüre ist nur noch ein kleiner Rest vorrätig. Die Broschüre gehört in die Hand jedes SAP-Genossen und jedes mit ihr sympathisierenden Arbeiters. Der geringe Preis (10 Pfennig für 32 Seiten) macht die Massenverbreitung sehr geeignet. Da nur noch ein kleiner Teil vorrätig ist, müssen die Ortsgruppen noch rechtzeitig Bestellungen aufgeben.

Bestellungen sind zu richten an die Bezirksleitung der SAP Berlin-Brandenburg, Berlin O 27, Magazinstraße 12a.

Auswandernde Industrie

Die Krise der Weltwirtschaft macht sich naturgemäß bei der Exportindustrie am stärksten bemerkbar. Während für die den Inlandmarkt beliefernden Industrien die Kaufkraft dieses Marktes in Frage kommt, hat die Exportindustrie zwar auch diese zu berücksichtigen, ausschlaggebend aber sind die Währungsverhältnisse und Zölle in den Einfuhrländern. In der

Solinger Schneidewarenindustrie

machen sich diese Faktoren besonders auffallend bemerkbar. Die Entwertung des englischen Pfundes und die in Ottawa vereinbarte Zollregulierung haben der Solinger Industrie den weitaus größten Teil der internationalen Absatzmärkte genommen. Ihre Ausfuhr nach England und den Ländern des britischen Imperiums war immer sehr bedeutend. Während bis 1929 die Ausfuhr Jahr für Jahr stieg, machte sich dann ein leichter Rückgang bemerkbar, der allerdings für das vergangene Jahr ganz enorm sein wird. Nach Ansicht der Solinger Handelskammer soll es unmöglich sein, diese Märkte für die deutsche Einfuhr zurückzuerobern.

Große kanadische Firmen, die bisher Scheren, Rasier- und Taschenmesser aus Solingen bezogen, hätten sich bereit erklärt, nachdem die Einfuhrzölle für solche Waren aus England gefallen seien, künftig in Sheffield, dem Hauptsitz der englischen Konkurrenzindustrie, einkaufen zu wollen. Wie groß der Verlust für die deutsche Exportindustrie ist, [illegible] man daraus ersehen, daß noch im Jahre [illegible]31 für 1,39 Millionen Mark Schneidewaren nach Kanada exportiert wurden. In den anderen britischen Dominions sind ähnliche Verhältnisse vorherrschend. Auch die übrigen Märkte sind für die Exportfähigkeit der Solinger Schneidewaren zu Gunsten Englands geschwächt. Was allerdings das entwertete englische Pfund und die Ottawa-Zölle noch übrig ließen, das hat die deutsche Agrarpolitik durch ihre Kontingentierung und Zollerhöhung vernichtet.

Angesichts solcher Verhältnisse haben Solinger Unternehmer schon 1930 und besonders Anfang 1931 ihre Betriebe stillgelegt oder wesentlich eingeschränkt und sind mit den hier nicht mehr vollbeschäftigten Maschinen und einigen Facharbeitern nach England ausgewandert, um dort unter „günstigeren Bedingungen" — mit höherem Profit — produzieren und ihre alten Märkte beliefern zu können. Die englische Regierung sieht solche Einwanderungen nicht ungern. Sie stellt Grundstücke und Fabrikgebäude zu günstigen Bedingungen zur Verfügung. — Der bei sonstigen Anlässen so gern zur Schau getragene Nationalismus hört bekannter Weise dann auf, wenn der Profit in Gefahr ist.

Die deutschen Arbeiter allerdings müssen, nachdem sie die englischen Ausbeutungsobjekte genügend angelernt haben, wieder nach Deutschland zurück. Um diese Auswanderung deutscher Fabriken aufzuhalten, hat die deutsche Regierung seinerzeit, allerdings erst dann, als eine Anzahl Firmen schon ihren Betrieb in England produktionsfertig hatten, Ausfuhrzoll für gebrauchte Maschinen erhoben. Die Ausfuhrabgaben nutzten wenig. Nach wie vor steht die Flucht aus Deutschland auf der Tagesordnung. Aber nicht nur nach England, sondern auch nach anderen Ländern, die durch Zollerhöhung oder auf andere Weise die deutsche Einfuhr erschweren — d. h. Länder, in denen größere Verdienstmöglichkeiten auf Grund niedriger Löhne winken — sind von Solinger Fabrikanten neue Betriebe eröffnet worden. Nach Indien, Australien, Spanien, Italien, Dänemark, Schweden, Syrien, Kuba, Südamerika geht die Auswanderung.

In Frage kommt vorerst der Zweig, der am weitesten durchrationalisiert ist. Und dies trifft für die Rasierklingenfabrikation zu. Während in den übrigen Produktionszweigen — Scheren, Rasier-, Taschen- und Tafelmesser — die Rationalisierung noch nicht genügend fortgeschritten ist, d. h. noch zu viel Handarbeiter und gelernte Facharbeiter notwendig sind, ist die Produktion der Rasierklinge Maschinenarbeit. Laufendes Band und komplizierte Automaten, an denen zu 95% weibliche Arbeitskräfte beschäftigt sind, sind die äußeren Merkmale solcher Betriebe.

Von den etwa 200 Solinger Rasierklingenbetrieben sind schätzungsweise 40 bis 50 schon gänzlich ins Ausland verlegt oder haben dort wenigstens Zweigbetriebe errichtet.

In nicht so starkem Maße wie die Rasierklingen sind Scheren- und Messerbetriebe ausgewandert. Die Ursache liegt, wie oben angedeutet darin, daß zur Produktion dieser Artikel Facharbeiter notwendig sind, die sich nicht so leicht und billig von einem Ort zum anderen verpflanzen lassen. Zum Trost der Solinger Industrie kann gesagt werden, daß die ins Ausland abgewanderten Scheren- und Messerbetriebe minderwertige Ware produzieren. Um Qualitätsware herzustellen ist ein Stamm alter erfahrener Facharbeiter notwendig. Doch dieser Trost wird angesichts der geringen Kaufkraft breiter Konsumentenkreise illusorisch, die nicht in der Lage sind erstklassige Fabrikate zu kaufen, sondern sich mit billigeren Massenartikeln begnügen müssen.

Diese industriellen Verhältnisse sind natürlich an der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter nicht spurlos vorübergegangen. Verstärkte Ausbeutung, Vervielfachung der pro Kopf fabrizierten Produktenmenge, bis zu 50% gesunkener Lohn und Massenarbeitslosigkeit ist das Los der Solinger Industriearbeiter. Der dritte Teil der Einwohner Solingens erhält Unterstützung vom Wohlfahrtsamt. Von den 19 500 Hauptunterstützungsempfänger (65 bis 70 000 Personen) unterstützt das Wohlfahrtsamt 64 Prozent. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes trotz aller „Ankurbelung" hat im laufenden Jahre stark zugenommen. Die Steigerung der Wohlfahrtserwerbslosen beträgt gegenüber November 1931 etwa 80 Prozent.

Der während der Inflation begonnene Ausverkauf Deutschlands, verbunden mit ungeheurer Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, geht auf anderen Wegen unbehindert weiter. Wann endlich kommt der Arbeiterklasse der Ernst der Situation zu vollem Bewußtsein? Wann endlich wird die einheitliche Kampfesfront aller Schaffenden dem bankrotten, sich nur durch brutale Maßnahmen noch haltenden Kapitalismus ein Halt entgegensetzen.

A. Dick, Solingen.

Neuer Lohnraub

Siegen, 31. Dezember.

WTB. Der Arbeitgeberverband für die Siegerländer Gruben und Hütten hat zum 31. März 1933 die Rahmentarifverträge für die Arbeitnehmer der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie des Siegerlandes und des Dillbezirks sowie für die Angestellten der Betriebe im Bereich des Arbeitgeberverbandes gekündigt. Außerdem wird das am 31. Januar 1933 ablaufende Gehaltsabkommen nicht verlängert.

Begründet wird dieser Schritt damit, daß es notwendig sei, die Lohn- und Arbeitsbedingungen den veränderten Wirtschaftsverhältnissen anzupassen (!!), die heute die Wettbewerbsfähigkeit des Siegerlandes in Frage stellen.

Die Löhne „anpassen" heißt nichts anderes, als abbauen. So ist's seit drei Jahren und so soll's und wird's auch im neuen Jahr weitergehen, wenn nicht endlich der Kurs der Gewerkschaften eine radikale Aenderung in der Richtung der Ueberleitung wirtschaftlicher Kämpfe in politische Massenaktionen vollzogen wird.

Erhöhte Witwenrente
nach dem Reichs-Versorgungs-Gesetz

Vom „Allgemeinen Verband der Kriegs- und Arbeitsopfer Deutschlands", Berlin SW. 68, Ritterstr. 53, wird uns geschrieben:

„Die erhöhte Witwenrente von 60 v. H. erhalten die Kriegerwitwen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben oder die erwerbsunfähig sind. Als erwerbsunfähig gilt die Witwe, die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht nur vorübergehend außerstande ist, durch eine Tätigkeit, die ihr unter Berücksichtigung ihrer Lebensverhältnisse, Kenntnisse und Fähigkeiten, zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was gesunde Frauen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Bei den Witwen, die das 50. Lebensjahr vollendet hatten, wurde bisher von Amts wegen die höhere Rente angewiesen, ohne daß ein besonderer Antrag gestellt werden brauchte. Nach den jetzt geltenden Ausführungsbestimmungen zum § 37 des Reichsversorgungsgesetzes muß jetzt ein besonderer Antrag gestellt werden. Die Zahlung beginnt erst mit dem Bewilligungsmonat. Es ist also Pflicht aller Hinterbliebenen, zwei Monate vor Erreichung des 50. Lebensjahres einen Antrag an das zuständige Versorgungsamt zu stellen, damit sie bei Erreichung des 50. Lebensjahres auch in den Genuß ihrer erhöhten Rente kommen."

13 Familien obdachlos

Trier, 31. Dezember.

In dem bekannten Moselweinort Zell brach Großfeuer aus, das in kurzer Zeit sieben Häuser mit Ställen und Oekonomiegebäuden in Asche legte. Riesige Vorräte an Heu und Stroh wurden ein Raub der Flammen.

Menschenleben sind nicht zu beklagen, auch das Vieh konnte gerettet werden. Dreizehn Familien, z. T. mit Kindern, sind obdachlos geworden; sie werden von hilfsbereiten Familien der Nachbarschaft betreut. Ueber die Ursache der Brandkatastrophe ist noch nichts bekannt.

3 Arbeiter getötet

Paris, 1. Januar.

Im Hafen von Le Havre wurden am Sonnabend durch einen umstürzenden Kran drei Arbeiter getötet und drei schwer verletzt.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserate Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H. Breslau. Lohndruck Th. Schatzky A.-G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telephon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto-Nr. 102 92.
Redaktion: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.16 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM 1.30 Porto monatlich.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.